

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

31. Jahrgang
Nr. 1 – 2008
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

In eigener Sache: UNSERE WELT wird 30!	1
Kosovo: «Unabhängigkeit» für Natostan	1
Italien: Proklamation und Wirklichkeit einer Verfassung	4
Schweiz: Kriegsmaterial, mehr denn je...	5
Israel/Palästina: Ein voraussehbares Ende	6
«Miami 5»: Zu Besuch bei einem politischen Gefangenen	7
Petition: Friedens-Nobelpreis für Pete Seeger	8

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung

Unsere Welt wird 30!

Von Louise Stebler

Im Januar 1978 ist die erste Nummer von UNSERE WELT erschienen. Bereits der Beginn war kämpferisch: «Stoppt den Wahnsinn – Nein zur Neutronenbombe» hiess die Schlagzeile und das Editorial machte es deutlich: «Ob es gelingt, eine neue Runde des Wettrüstens zu verhindern oder nicht, betrifft ausnahmslos alle Staaten und Menschen. Das Jahr 1978 wird in dieser Frage das alles entscheidende sein.»

So startete UNSERE WELT mit einem Aufruf zur Unterschriftensammlung der Schweizerischen Friedensbewegung gegen den von US-Präsident Carter vorangetriebenen Bau der Neutronenbombe. Die Absicht der Carterschen Militärlobby, eine Bombe zu konstruieren, die Lebewesen vernichten, totes Material aber verschonen würde, rief weltweiten Protest hervor und in der Schweiz erhielt dieser Protest durch UNSERE WELT eine Plattform. Selbst die Bundespolizei hielt in ihren Fichen anerkennend fest: «6 Wochen nach dem Start der Kampagne gegen die Neutronenbombe hat die S. bereits 10'000 Unterschriften gesammelt...» UNSERE WELT war das Informationsorgan zur Unterschriftensammlung und trug zur Organisation der Friedenskräfte bei, ungeachtet deren Weltanschauung

oder Religion. In der Startnummer ist so beispielsweise ein Bericht von Monique Bürgin zur Konferenz der katholischen Christen in Berlin zu lesen oder ein Aufruf zur Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Kuba, zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens aller Rassen und Nationen.

Immer noch lesenswert

Diese erste Nummer hat auch heute ihren Wert nicht verloren. Namhafte Persönlichkeiten haben darin Artikel veröffentlicht, Alfred Andersch etwa, der deutsche Antifaschist aus dem Valle Onsernone, oder unser unvergessener Walther Matthias Diggelmann. Der Zürcher Schriftsteller berichtete über den internationalen Schriftsteller-Kongress in Bulgarien, an welchem aus der Schweiz auch Otto Steiger teilgenommen hatte. Der Indier Romesh Chandra wiederum, Präsident des Weltfriedensrates und Friedenspreisträger, gratulierte der Friedensbewegung in einem Schreiben aus Helsinki zum Entscheid, eine eigene Zeitung herauszugeben: «Der Weltfriedensrat wünscht allen Friedensfreunden in der Schweiz sowie der Friedensbewegung besten Erfolg in ihren anerkennungswerten Bemühungen um die Ausbreitung der Arbeit für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Die Her-

Fortsetzung auf Seite 4



«USA raus aus Überall!» – Junge Demonstranten an einer Antikriegs-Kundgebung in Washington. Foto Danny Hammtreee

Gedanken zur Sezession des Kosovo von Serbien

«Unabhängigkeit» für Natostan

Von Beat Amselfelder

Zu begreifen ist's bei bösen Wegen,
Dass sie am Ende nie gedeihn zum Segen.

W. Shakespeare, Richard II.

Thank you, America!

Nun ist es also soweit: Das von der Nato 1999 nach monatelangem völkerrechtswidrigen Bombardement Serbiens okkupierte Gebiet, von Serben als Kosovo und Metochien bezeichnet, wobei Kosovo für das serbische Kosovo Polje steht, hat sich nach Geheimkonsultationen mit den USA zur «unabhängigen Republik» erklärt. Diese Geheimkonsultationen wurden durch eine Protokoll-Veröffentlichung der slowenischen Zeitung Delo bekannt, die die Absprachen zwischen dem zur Zeit EU-Ratsführenden Slowenien, der kosovarischen Führung in Pristina und dem für die Operation Kosovo zuständigen amerikanischen Vizeausserminister Daniel Fried ans Tageslicht gebracht hat. Diese zeigen auch deutlich, wer dabei Befehlsgeber und wer Befehlsempfänger war: Das Ganze lief ausschliesslich nach den Vorgaben Washingtons ab, bis hin zum genauen Datum der Operation.

Entsprechend deutlich waren dann auch die Bilder und Berichte vom 17. Februar aus Pristina: Fast alle Plakate und Schriften waren auf Englisch, frenetisch wurden Tausende amerikanische Sternenbanner geschwenkt und «Thank you, America!» dazu skandiert, riesige Plastikbuchstaben auf der Strasse: «Newborn», von «Bye-

bye, Serbia» schreienden Jugendlichen umtanzt, die Pressekonferenz des den USA besonders verpflichteten ehemaligen UCK-Kommandanten Hashim Thaci auf Albanisch und Englisch abgehalten, Serbisch gestellte Fragen jedoch nur mit einem Schulterzucken beantwortet. (Andreas Ernst, Basler Zeitung, 18.2.)

Der neue Balkan-Zwergstaat hat ein Territorium von 10'877 km² und ist damit etwas kleiner als die Kantone Bern und Wallis zusammen (11'193 km²). Im Unterschied zu dem auch nur 13'812 km² grossen Montenegro mit bloss 622'000 Einwohnern, ist das Kosovo jedoch überbevölkert mit mehr als 2,1 Millionen Einwohnern. Davon sind 90% Albaner und ca. 5% Serben, die anderen 5% teilen sich auf in Roma, Türken, Griechen und Ägypter. Die wenigen verbliebenen Juden sind nach den Judenpogromen 1999 geflüchtet.

Der Bevölkerungsanteil der Serben lag vor dem Zweiten Weltkrieg bei ca. 40 Prozent, wobei die Serben im Krieg enorme Verluste erlitten. Im sozialistischen Jugoslawien wurde das Kosovo 1974 eine autonome serbische Provinz. Seither fiel der Anteil der Serben von ca. 25 Prozent im Jahr 1974 kontinuierlich und betrug 1989 zum Zeitpunkt des Machtantritts von Milosevic noch 10 Prozent. Die Arbeitslosigkeit beträgt knapp 60 Prozent, der Analphabetismus, besonders unter der ländlichen und weiblichen Bevölkerung ist weit verbreitet.

Eine wirtschaftliche Grundlage besteht allerdings nicht, jedenfalls nicht

in der «anerkannten» Ökonomie, weshalb man eiligst eine Geberkonferenz der westlichen und islamischen Länder einberufen hat. Die ungehobenen bzw. seit dem Zusammenbruch des Sozialismus vernachlässigten Schätze des Amselfeldes sind jedoch gewaltig. Die Braunkohlereserven des Kosovo gelten mit einem nachgewiesenen Umfang von 8,3 Milliarden Tonnen – mindestens dieselbe Menge wird noch zusätzlich vermutet – als die grössten in Europa. Ausserdem wird in der Trepca-Mine in der Nähe von Mitrovica Kupfer gefördert. Das Vorkommen ist so ergiebig, dass es im II. Weltkrieg direkt der Wehrmacht unterstellt wurde (der Rest des Kosovo wurde Grossalbanien zugeschlagen); in den achtziger Jahren waren 20'000 Arbeiter in Trepca beschäftigt. Hingegen gehört das Kosovo zu den bedeutendsten europäischen Mafia-gebieten, führend im Heroinhandel (Endpunkt des afghanischen Lieferweges nach Europa), im Mädchen- und Frauenhandel, im Waffenhandel sowie generell bei der organisierten Kriminalität. Begünstigt wird dies durch die archaisch-patriarchalischen Clanstrukturen mit ihrer Omertà.

Noch weniger besteht eine rechtsstaatliche Grundlage, von Tradition ganz zu schweigen. Deshalb schickt die EU in «weiser Voraussicht» (weil man die Sezession ja schliesslich in Koordination mit den USA planmässig betrieben hat) die EULEX-Mission, eine ganze Heerschar von sage und schreibe bis zu 2'200 hochbe-

Fortsetzung auf Seite 2

Nachbrenner

Im letzten Dezember haben National- und Ständerat der Schweizer Luftwaffe ein besonderes Weihnachtsgeschenk vermacht. Acht Millionen Franken nur um heraus zu finden welcher neue Kampffjet die 54 Tiger ablösen soll. Der so genannte PEB-Kredit wurde für die Projektierung, Erprobung und Beschaffung gesprochen. Das VBS will dann im 2010 für 33 neue Kampfflugzeuge rund 2,5 Milliarden Franken ausgeben.

In den Medien werden zurzeit vier konkrete Flugzeugtypen besprochen. Im Vordergrund der Diskussion steht: die Leistungsfähigkeit, der Stückpreis und der Lärmpegel beim Starten, mit und ohne Nachbrenner. Dabei stellt kaum jemand in Frage, ob die Schweiz überhaupt Kampfflugzeuge braucht.

Eigentlich erstaunlich, da in den Parlamenten bei Krediten für Bildung, Soziales und Kultur die Grundsatzfrage immer gestellt und all zu oft mit Streichungen oder Kürzung dieser Gelder beantwortet wird.

Wir von UNSERE WELT stellen die Fragen. Was ist der Sinn und Zweck von mit Raketen bestückten superschnellen Kampffjets? Dienen sie der Landesverteidigung? Dienen sie der Friedenssicherung? Wo sollen sie eingesetzt werden, wenn sie doch in wenigen Minuten bereits die Schweiz überfliegen haben?

Liebe National- und Ständeräte, sprechen sie doch der schweizerischen Friedensbewegung einen im Vergleich klitzekleinen Evaluationskredit zu, um die Notwendigkeit von Kampfflugzeugen abzuklären. Wir garantieren Ihnen in der nächsten Nummer von UNSERE WELT eine klare und verbindliche Antwort.

Der Kredit wird bei uns wohl nicht eintreffen. So sind wir weiterhin auf die Solidarität unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Wir danken für das Beachten des Schreibens, das dieser Ausgabe beiliegt.

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

zahlten Juristen, Richtern, Anwälten, Polizisten, Fahndern, Verwaltungsexperten und Zollbeamten. Ihre Aufgabe: «EULEX soll dafür Sorge tragen, dass Kriegsverbrechen, Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Korruption, inter-ethnische Übergriffe, Wirtschaftskriminalität und andere schwere Verbrechen «genau ausgeforscht, verfolgt und rechtlich geahndet werden» (Kleine Zeitung, Steiermark, 16.2.). Da erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar, jedenfalls ist klar, was erwartet wird.

Die führenden Figuren sind dabei nicht gerade vertrauenerweckend: Hashim Thaci, dem enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität nachgesagt werden, wurde 1997 von einem Gericht in Pristina zu zehn Jahren Gefängnis wegen Terrorismus und Beihilfe zum Mord verurteilt. Aber eben: es war ein serbisches Gericht...

Ramush Haradinaj, Vorgänger von Thaci als Premier des Kosovo, steht vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag und gilt als Mann, der über Leichen geht, notabene auch über albanische. Beide, Thaci und Haradinaj, sind prominente UCK-Kommandanten und Mitglieder von total verfeindeten albanischen Clans. Sein Konterfei lächelt seit Monaten pausbäckig vor rotem Hintergrund von metergrossen Anzeigentafeln überall im Stadtzentrum von Pristina: «Ramush – We need you, now!», verkünden die Plakate.

Inwiefern man bei dieser «umfassenden Förderung» durch die USA und andere Natostaaten, insbesondere Deutschland und Grossbritannien, von Unabhängigkeit sprechen kann, sei dahingestellt. Für die USA ist das Gebiet jedenfalls von essentieller Bedeutung: Nicht nur befindet sich hier, bei Urosevac, die grösste US-amerikanische Militärbasis auf europäischem Boden, das «Camp Bondsteel», das bei allen Operationen im Nahen und Mittleren Osten eine wichtige Rolle spielt, hier und im benachbarten Albanien sollen auch die neuen, unter amerikanischer Kontrolle stehenden Erdöl- und Erdgasleitungen verlaufen, die aus Zentralasien und dem Irak durch die Türkei nach Europa führen werden. Der albanische Westbalkan mit seiner totalen US-Hörigkeit ist dabei besonders «geeignet», US-Interessen langfristig zu sichern.

«Das Unabhängigkeitsspektakel von Pristina gestaltete sich als Totentanz für das Völkerrecht», schreibt Werner Pirker (Junge Welt, 18.2.). «Beerdigt wurde auch die UN-Resolution 1244, die dem Kosovo eine substantielle Autonomie, nicht aber die staatliche Unabhängigkeit von Serbien zuschillerte. Hätte der imperialistische Westen diese je ernst genommen, hätte er sich den Bombenkrieg gegen Jugoslawien sparen können. Denn Belgrad hatte schon vor Kriegsbeginn einen Autonomieplan für die Provinz vorgelegt, der ihr Selbstverwaltungsbefugnisse in einem Ausmass einräumte, wie das kein anderer europäischer Staat bisher getan hatte.»

Aber wie ist es möglich, dass zwei Nachbarvölker, ja mehr noch: zwei in ihren Siedlungsgebieten verflochtene Völker derart verfeindet sind, dass auch einem Multikulti-Internationalisten starke Zweifel kommen müssen, ob ein Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat ratsam ist? Wie ist es möglich, dass sich Kosovo-Albaner und Serben immer wieder von den Grossmächten vor ihren Karren spannen und in einen mörderischen Konflikt gegeneinander treiben lassen? Dazu müssen wir einen Blick in die Geschichte werfen.

Die Vorgeschichte

Obwohl die Albaner mehrheitlich gemässigt sunnitisch-muslimisch sind, spiegelt die unglückliche, ja tragische Geschichte des Kosovo den jahrhun-

dertelangen Kulturkampf zwischen Christentum, speziell den byzantinisch-orthodoxen Serben, und dem Islam in Gestalt des Osmanischen Reiches, speziell seinen albanischen Anhängern auf dem Balkan wider.

So war es kein Zufall, dass die Türkei das erste Land war, das den neuen Balkanstaat sofort nach Ausrufung seiner «Unabhängigkeit» anerkannt hat. Von 1459 bis 1912 war das heutige Kosovo Teil des osmanischen Reiches. Doch existierten nach einem osmanischen Dokument im Jahr 1455 nur 46 albanische Haushalte im Kosovo, der Rest war ausschliesslich von Serben besiedelt, und zwar mindestens seit Anfang des 9. Jahrhunderts.

An die Gründung eines albanischen Staates dachte bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts niemand, selbst die Albaner nicht, die ihre Zukunft weiterhin unter der Herrschaft des Sul-

chenland. Freilich waren all jene Regionen gemischt besiedelt und die Albaner stellten noch nicht einmal in allen Gebieten eine Mehrheit. Dies galt auch für Teile des Kosovo, wo es weite Landstriche gab, in denen mehrheitlich Serben wohnten.

Ab 1912 verlief die Geschichte der Albaner in Albanien und im Kosovo jedoch sehr unterschiedlich: Schon die bei der Eroberung des Kosovo von der serbischen Armee verübten Grausamkeiten – etwa 10'000 Zivilisten sind dabei umgekommen – haben das Verhältnis der Albaner zu den neuen Machthabern von Anfang an schwer belastet. Die serbische Regierung hatte geplant, die neu gewonnenen Gebiete möglichst schnell dem restlichen Staatsgebiet anzugleichen. Dazu gehörte auch, dass überall die serbische Staatssprache und das serbische Schulwesen durchgesetzt wurde.

mierte sich demgegenüber eine Widerstandsbewegung der albanischen Kosovaren, die gegen die wieder ins Kosovo einrückenden Serben kämpften und einen Anschluss der Provinz an Albanien wollten. Die kosovarische Delegation bei der Friedenskonferenz von Paris 1919, die dieses Ziel bei der «Neuordnung Europas» erreichen wollte, durfte aber an keiner offiziellen Sitzung teilnehmen und ihr Anliegen wurde nicht debattiert.

Noch bis Anfang der zwanziger Jahre wurde das Kosovo von Aufständen der Albaner erschüttert, die sich der serbischen Herrschaft nicht unterwerfen wollten. Zehntausende sind zwischen 1918 und 1920 nach Albanien geflohen. Nach dem Ersten Weltkrieg begann die Regierung des «Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen» mit der Serbisierung des Kosovo. Ideologisches Leitmotiv war

die Serben zu beklagen, die dem Hass ihrer albanischen, kroatischen und bulgarischen Nachbarn ausgeliefert waren. Nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Krieg im Sommer 1943 besetzte Hitlerdeutschland das Kosovo, das bereits zunehmend zum Aktionsgebiet jugoslawischer Partisanenverbände geworden war. Deren Angriffe auf deutsche Truppen und albanische Polizei wurde mehrfach durch die Ermordung serbischer Zivilisten vergolten (in der Regel im Verhältnis 1:100). Im März 1944 wurde dann eine kosovo-albanische Waffen-SS-Division aufgestellt.

Kosovarische Arier und slawische Untermenschen

Die albanischen SS-Angehörigen stammten zum grössten Teil aus dem Kosovo. Dafür gab es zwei Gründe: In Albanien selbst hatte die Kollaborationsregierung kaum noch Rückhalt, und weite Teile des Landes wurden bereits von den Partisanen beherrscht. Ausserdem war die Feindschaft zu den Serben ausserhalb des Kosovo weniger stark ausgeprägt. Kosovarische Albaner liessen sich für die SS-Division Skanderbeg rekrutieren, weil sie gegen die Serben beziehungsweise die jugoslawisch dominierten Partisanen im Kosovo eingesetzt werden wollten.

Um die albanischen SS-Angehörigen zusätzlich zu motivieren, wurde auch die Rassenideologie der Nazis verwendet. Es wurde gesagt, die Albaner seien Arier, die gemeinsam mit der artverwandten deutschen Herrenrasse gegen die «slawischen Untermenschen» ins Feld zögen.

Diese SS-Division Skanderbeg sollte speziell zur Partisanenbekämpfung in Jugoslawien eingesetzt werden. Während des Sommers 1944 operierte sie im Kosovo und im Norden Mazedoniens weniger als militärischer Verband, denn als Terrororganisation gegen die Zivilbevölkerung. Ihr Standort war Prizren, ihr hauptsächlich Operationsgebiet das Kosovo. In ihrem brutalen Vorgehen unterschied sie sich nicht von deutschen Verbänden. So tötete sie am 28. Juli 1944 im Dorf Veliko 380 Ortsansässige (darunter 120 Kinder) und steckte 300 Häuser in Brand. Im April 1944 deportierte sie 300 Juden.

Im Mai 1944 wurde das Konzentrationslager Pristina als «Erziehungslager» für politisch, insbesondere als Kommunisten Verdächtige eingerichtet. Als Wachmannschaften wurden gediente Freiwillige der SS-Division Skanderbeg eingeteilt. Die Juden im Kosovo wurden, soweit sie nicht hatten fliehen können (vornehmlich nach Albanien, wo es keine Judenverfolgung gab), gefangen genommen und ins KZ Bergen-Belsen deportiert. In Skopje unterstand der Einheit ein Lager, in das die mazedonischen Juden verbracht wurden, bevor man sie in deutsche KZs abtransportierte. Die Brutalitäten der kosovo-albanischen SS-Einheit richteten sich aber auch gegen die Volksgruppe der Roma.

Neben den Partisanen Titos operierten im Kosovo auch albanische Partisanenverbände, die der Befehlsgewalt der albanischen Kommunistischen Partei Enver Hoxhas unterstanden. Es kam zum Streit zwischen den kommunistischen Parteien beider Länder, denn man war sich nicht einig, wem das Kosovo nach dem Krieg zufallen sollte. Vor die Wahl gestellt, das Kosovo Jugoslawien zu überlassen oder es zusammen mit Albanien dem jugoslawischen Staat anzugliedern, verzichtete die KP Albanien im

Fortsetzung auf Seite 3



«Kosovo gehört zu Serbien!»: Protestkundgebung in London gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit von Kosovo durch Grossbritannien. Foto orange81.

tans sahen. Sie wollten Reformen im Osmanischen Reich, das albanische Sprachgebiet sollte in einem Vilayet vereinigt und Albanisch Unterrichtssprache werden. All das gab es auch unter den Türken nicht! Diese Forderungen vertrat die Liga von Prizren, die sich 1878 gebildet hatte, um die Abtretung albanisch besiedelter Gebiete des Osmanischen Reiches an die slawischen Nachbarstaaten zu verhindern.

Serbien bekam auf dem von Bismarck geleiteten Berliner Kongress 1878 nur das Gebiet zwischen Nis und Vranje zugesprochen. Die in der Gegend von Vranje lebenden Albaner wurden von Serbien in das noch unter osmanischer Herrschaft stehende Kosovo vertrieben. Damit wuchs dort der albanische Bevölkerungsanteil seit 1878 deutlich an, was vorher nicht der Fall gewesen war: 1871 lebten im Kosovo 318'000 Serben und 161'000 Albaner («Das Fürstentum Serbien und Türkisch-Serbien», Peter Kulj, Wien 1871).

Als die Sieger des ersten Balkankriegs (Serbien, Bulgarien, Griechenland) nach der Niederlage des Osmanischen Reiches 1912 begannen, die eroberten Gebiete aufzuteilen, entschlossen sich albanische politische Führer zur Ausrufung des unabhängigen Staates Albanien. An der Deklaration von Vlora vom November 1912 waren auch Kosovaren beteiligt. Die künftigen Grenzen waren völlig unklar und die provisorische Regierung Albanien hatte keinerlei Macht, erstrebte aber trotzdem die Vereinigung aller albanischen Siedlungsgebiete. Kosovo und das nordwestliche Mazedonien fielen jedoch an Serbien, Ioannina und Umgebung an Grie-

Schon vor 1915 hatte die Auswanderung von Türken, Albanern und slawischen Muslimen in die Türkei eingesetzt, weil diese Muslime nicht unter christlicher Herrschaft leben wollten und teilweise auch schon unter Repressionen der neuen Herren zu leiden hatten. Diese Abwanderung setzte sich auch in der Zwischenkriegszeit 1918–1939 fort. Auch von 1950 bis 1966 sind mehr als 200'000 Albaner in die Türkei ausgewandert.

Erster Weltkrieg und Zwischenkriegszeit

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1914) und die Besetzung Serbiens (1915) verhinderte jedoch, dass die Pläne zur Serbisierung des Kosovo schnell in die Tat umgesetzt werden konnten. Als die Österreicher den Krieg gegen Serbien begannen, kam es im Kosovo zu Aufständen gegen die serbische Herrschaft. Die österreichisch-ungarische Armee wurde von den Albanern 1915 als Befreier begrüsst.

Die deutschsprachige Besatzungsmacht übergab die lokale Verwaltung zum ersten Mal in der Geschichte in die Hände der Einheimischen und investierte in die Infrastruktur. Neben kriegswichtigen Strassen haben die Österreicher auch zahlreiche Grundschulen eingerichtet, in denen erstmals Unterricht in albanischer Sprache erteilt wurde. All dies war auch unter osmanisch-türkischer Herrschaft nie der Fall gewesen.

Nach dem Abzug der Österreicher im Herbst 1918 kam es zu Racheakten der zurückkehrenden serbischen Truppen an der kosovarischen Bevölkerung, weil diese mit dem Feind kollaboriert hatte. Bei Kriegsende for-

dabei, dass die ethnische Struktur wiederhergestellt werden müsse, die im Kosovo vor der türkischen Eroberung im 15. Jahrhundert bestanden hatte. Die gesamte Verwaltung wurde mit serbischen Beamten besetzt, Serbisch war die einzige Amtssprache und auch in allen staatlichen Schulen wurde nur in dieser Sprache unterrichtet. Mit der Vergabe von Land an Zuzüger aus Serbien und Montenegro versuchte die Regierung in den zwanziger Jahren den slawischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen. Schon 1921 sprach eine Delegation der Kosovo-Albaner beim Völkerbund in Genf vor, um sich über die Missachtung ihrer Menschen- und Minderheitenrechte zu beklagen. Ihre Beschwerde wurde dort aber ignoriert.

Kosovo im 2. Weltkrieg

Der deutsche Überfall auf Jugoslawien im April 1941 führte schnell zum Zusammenbruch des jugoslawischen Staates. Wie die katholischen Kroaten nutzten auch die muslimischen Albaner die Gunst der Stunde zu Rache an den orthodoxen Serben. An der Aufteilung des eroberten Landes nahmen auch Deutschlands Verbündete Italien und Bulgarien teil. Kosovo und Teile Mazedoniens wurden mit dem bereits unter der Herrschaft des faschistischen Italien stehenden Albanien zu «Grossalbanien» vereinigt. Die Zivilverwaltung lag in der Hand der Albaner, die nun ihrerseits die serbische Minderheit im Kosovo unterdrückten.

Das faschistische Italien, vor allem aber Nazideutschland nutzte die Feindschaft zwischen den Balkanvölkern geschickt, um seine Herrschaft in Südosteuropa zu stabilisieren. Die meisten Opfer hatten dabei

Fortsetzung von Seite 2

Frühjahr 1944 auf jegliche Ansprüche im Kosovo. Tito und Hoxha kamen überein, dass die Vorkriegsgrenzen zwischen Albanien und Jugoslawien wiederhergestellt werden sollen.

Das autonome Kosovo 1945 – 1989

Nach Errichtung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurde das autonome Gebiet Kosovo-Metohija 1945/46 in die Teilrepublik Serbien eingegliedert. Seit der Verfassung von 1963 war es eine autonome Provinz. In den fünfziger Jahren liess Tito der serbischen Teilregierung weitgehend freie Hand und unter Innenminister Aleksandar Rankovic herrschte im Kosovo ein brutales Polizeiregime. Bis Mitte der 60er Jahre emigrierten 200'000 Albaner, vor allem in die Türkei.

Zu einer Wende in der jugoslawischen Kosovo-Politik kam es durch machtpolitische Auseinandersetzungen im Politbüro der jugoslawischen Kommunisten. Während ein Flügel um Tito allgemeine Reformen einleiten wollte, sperrte sich ein serbisch dominierter Flügel unter Rankovic. Letzterer wurde 1966 aus dem Politbüro entfernt und musste seinen Ministerposten abgeben. Damit war der Weg frei für eine neue Kosovo-Politik.

Tito verbesserte nun schrittweise die Lage der Albaner und gestand ihnen mehr Autonomie zu. In der neuen jugoslawischen Bundesverfassung von 1974 wurde das Kosovo (wie auch die Vojvodina) als autonome Provinz und Föderationssubjekt etabliert. In der Regierung und im Parteiapparat der Provinz dominierten fortan die Albaner. Allerdings blieben die Provinzen Bestandteil der Teilrepublik Serbien. Albanisch wurde zweite Amts- und Unterrichtssprache, albanische Kultur wurde gefördert und es kam zur Einrichtung der Universität Prishtina. Aus ihr ging in den folgenden 15 Jahren eine grosse Zahl albanischer Akademiker hervor.

Nach jahrzehntelanger Unterdrückung der Albaner kam es nun in den 1970er Jahren zur Albanisierung des öffentlichen Lebens im Kosovo. Spätestens nach Titos Tod (1980) begannen die Serben im Kosovo und auch andernorts, ihren Unmut darüber zu äussern.

Die albanische Führung der Provinz konnte jedoch die wirtschaftlichen Probleme ebensowenig lösen wie die serbische zuvor. Misswirtschaft, Arbeitslosigkeit und Korruption kennzeichneten die Situation zu Beginn der achtziger Jahre. Die Schuld schob man der Regierung in Belgrad zu. Damit wurde der mühsam zwischen den Volksgruppen hergestellte Frieden gefährdet. Soziale Unruhen unter den Albanern hatten daher in den achtziger Jahren oft eine nationale, anti-serbische Komponente, was unter den Kosovo-Serben wiederum das Gefühl einer Bedrohung durch die Mehrheit erstarben liess.

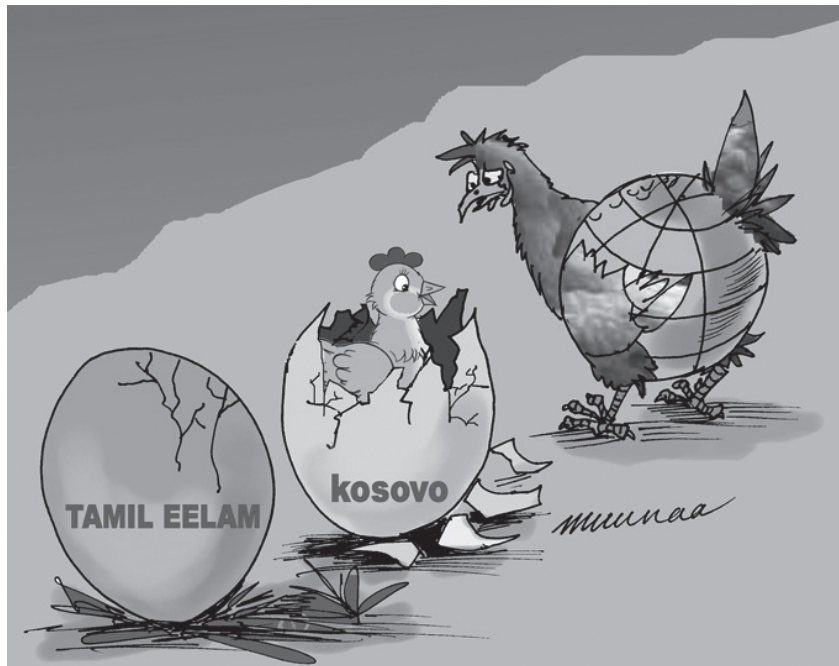
1981 kam es zu gewalttätigen Demonstrationen der albanischen Studenten in Prishtina, die gegen die schlechten Lebensbedingungen und die Perspektivlosigkeit – die meisten erwartete nach dem Abschluss die Arbeitslosigkeit – aufbegehren. Als es so aussah, als ob die Kosovo-Regierung des Aufstandes nicht Herr werden könnte, rückten serbische Polizisten in Pristina ein und knüppelten den Aufstand brutal nieder. Die Führung des Kosovo wurde auf Befehl Belgrads ausgewechselt. Seitdem nahmen die Spannungen zwischen Albanern und Serben stetig zu, und die Regierungsorgane auf Bundes- wie auch auf Provinzebene waren nicht in der Lage, etwas dagegen zu unternehmen. Vielmehr heizten sie den Nationalitätenkonflikt durch gegenseitige Schuldzuweisungen weiter an.

Mit dem Argument, sie seien nach den Serben und den Kroaten die

drittgrösste Nation in Jugoslawien, verlangten die Albaner den Status eines Staatsvolks und die Loslösung Kosovos von Serbien. Die Provinz sollte gleichberechtigte Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation werden. Die jugoslawische Bundesregierung verweigerte dies ebenso wie die übrigen Teilrepubliken und Serbien setzte die kosovarische Provinzregierung ab. Das Zusammenleben zwischen Serben und Albanern verschlechterte sich zusehends.

Rücknahme der Autonomie 1989

Am 28. März 1989 hob das serbische Parlament einstimmig den Status des Kosovo als autonome Provinz auf und machte damit die jugoslawische Bundesverfassung von 1974 de facto unwirksam. Bei den darauffolgenden Demonstrationen im Kosovo wurden nach offiziellen Angaben 29 Demonstranten und zwei Polizisten getötet.



Über das Kosovo wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Nach der Verfassungsänderung wurde die Autonomie des Kosovo durch mehrere serbische Gesetzgebungsakte faktisch beseitigt. Gesetzgebung und Rechtsprechung im Kosovo wurden serbischen Behörden übertragen, der albanischsprachige Unterricht an Schulen und Universitäten wurde mit einem eigens für das Kosovo formulierten Zusatz zum serbischen Universitätsgesetz verboten. Die Polizei wurde dem serbischen Innenministerium unterstellt, albanische Polizisten wurden entlassen. Grundstücksverkäufe von Serben an Albaner wurden verboten. Mit einem weiteren Ausnahmegesetz wurde im Juni 1990 den serbischen Behörden der direkte Eingriff in die Verwaltung des Kosovo erlaubt.

Die albanischen Abgeordneten des Kosovo-Parlaments reagierten zunächst mit der Ausrufung ihrer Provinz zur siebten Republik im jugoslawischen Staatsverband, daraufhin löste Serbien das Parlament am 5. Juli 1990 auf. Anschliessend wurden sämtliche albanischen Führungskräfte entlassen. Jeder Albaner musste eine Loyalitätserklärung zum serbischen Staat unterschreiben, wer sich weigerte, wurde ebenfalls entlassen. Mindestens 80'000 Albaner, die die Unterschrift verweigerten, verloren so ihre Arbeit.

Im September 1990 rief das kosovarische Parlament die «Republik Kosova» aus und wählte Ibrahim Rugova zu ihrem ersten «Präsidenten». Im September 1991 stimmten über 90% der Kosovo-Albaner bei einem Referendum für die völlige Unabhängigkeit ihrer Provinz, diese wurde jedoch nur von Albanien mit Einschränkungen anerkannt. Im Mai 1992 wurden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten, aus denen Rugova und die LDK als Sieger hervorgingen. Die etwa 500'000 kosovo-albanischen Arbeitsmigranten in Europa (davon 200'000 allein in

der Schweiz) führten mindestens 3% ihres Einkommens an die LDK ab und sicherten damit einen bescheidenen Staatshaushalt. Dieser albanische «Schattenstaat» organisierte albanische Schulen für ca. 400'000 Schüler, medizinische Versorgung, öffentlichen Nahverkehr und Hilfe für Bedürftige.

Übergang zu Provokation und Terror

Anfang der 90er Jahre waren unter bisher ungeklärten Umständen in Westeuropa militante Albanergruppen gegründet worden. Ob nach dem Ende des Kalten Krieges und bei der allgemeinen Erwartung einer «Friedensdividende» gewisse Dienste wie CIA und BND neue Betätigungsfelder suchten – und dabei bot sich das immer noch sozialistische Jugoslawien als «target» geradezu an – konnte bisher naturgemäss nicht bewiesen werden. Es spricht jedenfalls einiges

Im Oktober 1998 wurde das «Holbrooke-Milosevic-Abkommen» unterzeichnet, in dem die Entsendung einer OSZE-Beobachtermission vereinbart wurde, es trat aber keine Entspannung der Situation ein. Nachdem am 15. Januar 1999 bei dem Dorf Racak 45 albanische Leichen mit Schusswunden, die von serbischer Armeemunitio n stammten, gefunden wurden, warf der Leiter der OSZE-Mission, der US-Amerikaner William Walker, den serbischen Truppen vor, ein Massaker an Zivilisten begangen zu haben. Zweifel an der These eines Massakers kamen auf, weil die Toten eindeutig nicht aus Nahdistanz erschossen wurden. Es handelte sich, wie man heute weiss, um ein «fake», eine Fälschung, mit der die Ziele der UCK und der hinter ihr stehenden USA erreicht werden sollten.

Die USA entdeckten die UCK, die sich in idealer Weise als Nato-Bodentruppe anbot. Nur die Terrorführer der UCK erwiesen sich zunächst als recht problematisch, auch dann noch, als man sie zur Konferenz nach Rambouillet eingeladen und sie zu Wortführern aller Albaner erkoren hatte. Die «Friedenskonferenz» von Rambouillet war indes von vornherein nichts anderes als der Versuch, die längst beschlossenen US-geführten Nato-Luftschläge gegen Serbien ein wenig vom Makel der Völkerrechtswidrigkeit zu befreien. Von den Serben wurde unter Androhung von Luftschlägen ultimativ die Zustimmung zu einer Lösung des Kosovo-Problems gefordert, die nach Rudolf Augstein «kein Serbe mit Schulbildung» hätte akzeptieren können, und die nach Henry Kissinger schlicht absurd war.

Das Unternehmen Rambouillet

In Rambouillet lief es zunächst ganz und gar nicht nach Wunsch des Westens. Die UCK-Chefs verhielten sich äusserst unkooperativ, denn sie wollten bis zuletzt nicht glauben, wie «ehrlich» es die Nato mit ihnen meinte. Aber Albright, Fischer und der Österreicher Petritsch sorgten in letzter Sekunde für den Umschwung und die UCK willigte in den Plan ein, der von ihr im Grunde genommen nichts, von den Serben jedoch alles verlangte.

Die Strategie der Amerikaner unter Führung ihrer rabi-antikommunistischen Aussenministerin Madeleine Albright war es jedoch, von den Albanern eine Zustimmung zu erhalten – wenn auch «vorläufig» die bittere Pille einer Unverletzlichkeit des serbischen Staatsgebiets, der besseren internationalen Akzeptanz wegen, geschluckt werden musste –, während man gleichzeitig den Serben gegenüber unerfüllbare Forderungen stellte, praktisch die Aufgabe ihrer nationalen Souveränität verlangte (der berühmte «Annex B»), um ein «Nein» zu erhalten, das als «Begründung» für eine «menschrechtliche Intervention» der Nato herhalten konnte. Gleichzeitig konnte man die Serben und besonders ihren Präsidenten, Slobodan Milosevic, als «Alleinschuldige» hinstellen und eine chauvinistische Propaganda führen, deren Ziel es war, die Weltöffentlichkeit vom Bruch des Völkerrechts und der UNO-Charta abzulenken.

Tausende Tote im Namen der Menschenrechte

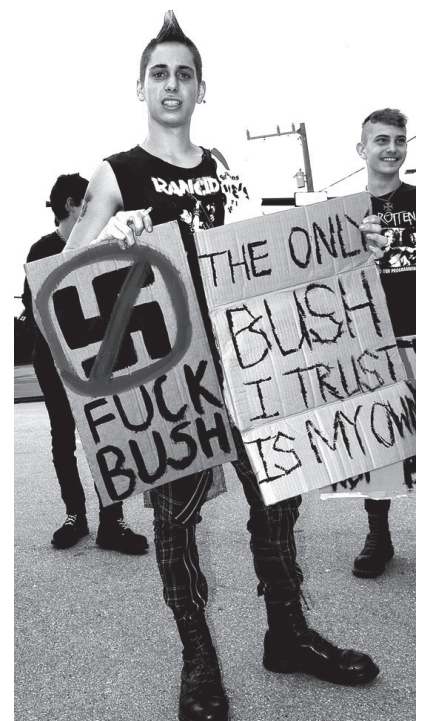
Damit war der Weg frei: 78 Tage und Nächte lang bombardierten die 19 Nato-Staaten im Frühling 1999 militärische und zivile Ziele in Jugoslawien. Sie warfen in 38'000 Angriffen 20'000 Tonnen Sprengstoff ab, töteten nach eigenen Angaben tausende Menschen und zerstörten die gesamte Infrastruktur des Landes: Fabriken und Brücken, Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten, Stromversorgung und Telekommunikation. Dennoch gerieten die Luftschläge

zum Fiasko – sie lösten kein einziges Problem, kosteten aber tausende Unschuldige das Leben und beraubten Millionen auf Dauer ihrer Existenzgrundlagen –, wurden aber doch als Erfolgsstory gefeiert.

Die Führer der UCK erhielten, was man ihnen in Rambouillet offenbar für ihr Wohlverhalten versprochen hatte: die Macht über das Kosovo, das sie vor den Augen der Nato in ein Inferno verwandelten, in dem Mord und Totschlag, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel an der Tagesordnung sind, und in dem heute der Rassismus wie in keinem anderen Land der Welt allgegenwärtig ist.

Der Rückzug der serbischen Armee 1999 beendete vorerst die blutigen Auseinandersetzungen im Kosovo. Das Kosovo wurde vorläufig eine Art Protektorat der Nato (mit Beteiligung der UNO). Schätzungen über die Zahl der während des Konfliktes 1998/99 Getöteten schwanken zwischen 9'000 und 15'000. Es gelten bis heute 4'000 Menschen als vermisst, davon etwa 1'500 Albaner. Es ist aber anzunehmen, dass eine Vielzahl davon verstreut in Massengräbern im Kosovo liegt. Das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag befasst sich zurzeit mit den Geschehnissen. Seit dem Jahr 2000 wurden insgesamt 65 mutmassliche Massengräber im Kosovo von den Kfor-Truppen gefunden, allein 42 davon im britischen Sektor. Dabei wurde festgestellt, dass in einem beträchtlichen Anteil der Massengräber serbische Tote vergraben sind. Ein Teil der identifizierten serbischen Toten galten schon seit 1997/98 als vermisst...

«Der Nato-Krieg gegen Serbien hatte nichts mit serbischen Verbrechen zu tun», bekräftigte kürzlich James Bissett, 1990–92 kanadischer Botschafter in Jugoslawien. «Er diente schlichtweg zur Legitimation des Fortbestehens und der Umwandlung der Nato. Damit hat die Nato ihren eigenen Gründungsvertrag gebrochen, der ihr die Androhung oder den Einsatz militärischer Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle verbietet und sie an die UNO-Charta bindet. Doch Bill Clinton verkündete während des Krieges gegen Serbien zum 50. Geburtstag der Nato genau das als neue Strategie. Unterdessen weiss man, dass amerikanische und britische Geheimdienste die UCK bewaffnet und ausgebildet und schliesslich im Kosovo zum Einsatz gebracht haben. Der Weg, die Nato im Sinne der USA in ein aggressives Militärbündnis zu verwandeln, das auf eigene Faust überall und jederzeit angreifen kann, war also eine ausgeklügelte Sache. Dass dem Kosovo nun die Unabhängigkeit gegeben wird, ist Teil dieser Entwicklung.» (James Bissett, Interview in Junge Welt, 18.2.2008).



«Der einzige Busch, dem ich traue, ist mein eigener.» Foto Danny Hammontrée

Die Verfassung der Italienischen Republik von 1947/1948

Proklamation und Wirklichkeit

Am 1. Januar 1948 trat die wenige Tage zuvor verabschiedete Verfassung der Italienischen Republik in Kraft. Dr. phil. Gerhard Feldbauer, langjähriger Korrespondent der deutschen Nachrichtenagentur ADN in Italien und Vietnam, Autor mehrerer Bücher u.a. über die extreme Rechte Italiens, blickt zurück.

Von Gerhard Feldbauer

Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands wie danach Japans, das Entstehen neuer sozialistischer Staaten in Osteuropa, die wachsende Rolle und der Masseneinfluss der Sozialisten und Kommunisten in Ländern wie beispielsweise Italien oder Frankreich und schliesslich auch die stürmisch wachsenden nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien schränkten nach 1945 die politisch-geographische Sphäre der führender imperialistischen Länder ein. Gleichzeitig erhielt die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie einen starken Auftrieb. Ein Beispiel dafür ist die Ausarbeitung der Verfassung der Italienischen Republik 1946/47.

Bürgerrechte

Nachdem im Referendum vom 2. Juni 1946 die Monarchie, ein Träger der über zwanzigjährigen Mussolini-Diktatur, gestürzt und die Italienische Republik begründet worden war trat am 25. Juni die gleichzeitig gewählte Verfassungsgebende Versammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In ihr be-

legten Christdemokraten 35,2 Prozent, Sozialisten 20,7%, Kommunisten 18,9%, Republikaner und Liberale 4,4% bzw. 6,8%, Monarchisten und der Vorläufer der dann im Dezember 1946 neugegründeten Mussolinipartei MSI 2,8 Prozent. Nach eineinhalbjähriger und von komplizierten Auseinandersetzungen geprägter Arbeit verabschiedete sie am 22. Dezember 1947 mit 453 Für- und 62 Gegenstimmen die Verfassung und setzte sie am 1. Januar 1948 in Kraft.

Die Gesellschaftsordnung in Frage gestellt

Der italienische Verfassungsrechtler Pietro Calamandrei, einer der Väter der Costituzione, hielt fest, dass die Verfassung die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage stellte. Das kommt im zweiten Absatz des Artikel Drei zum Ausdruck, der postulierte, «die Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Art zu beseitigen, die durch die faktische Einschränkung der Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger der vollen Entfaltung der Person und der wirklichen Teilnahme aller arbeitenden Menschen an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Landes im Wege stehen.» Es

mobile (gleitende Lohnscala), nach der die Löhne bis in die 80er Jahre automatisch an die Inflationsrate angepasst werden mussten.

In der Landwirtschaft wurde nicht nur das Recht, sondern, wenn auch sehr allgemein gehalten, die Pflicht festgeschrieben, die Besitzverhältnisse zu ändern. Auch wenn die linken und demokratischen Kräfte in der Nachkriegsgeschichte nicht in der Lage waren, diese proklamierten Verfassungsgrundsätze zu verwirklichen, bilden sie bis heute eine Grundlage des Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt. In der Verfassung schlugen sich mit der Bekräftigung des bereits in einer Übergangsbestimmung festgelegten Verbots der «Reorganisation der aufgelösten faschistischen Partei ganz gleich in welcher Form», antifaschistische Positionen nieder. Ferner wurde den Führern des faschistischen Regimes per Gesetz für die Dauer von wenigsten fünf Jahren das Wahlrecht und die Wählbarkeit entzogen.

Die Verfassung widerspiegelte unter vielen Aspekten die Errungenschaften der Resistenza, des bewaffneten antifaschistischen Widerstandes in Italien, und gehörte insgesamt zu den fortschrittlichsten Grundgesetzen westeuropäischer Staaten dieser Zeit. Das kam auch in der Verkündung des 25. April als Staatsfeiertag zum Ausdruck, zu dem nicht der 29. April, an dem die Truppen der Hitlerwehrmacht kapitulierten, gewählt wurde, sondern der Beginn des allgemeinen bewaffneten Volksaufstandes, zu dem das Nationale Befreiungskomitee aufgerufen hatte.

Die Kehrseite der Medaille

Schon unmittelbar nach Kriegsende bewirkten die USA, die Italien ihrer Politik der Blockkonfrontation unterordneten und das Land zur Südflanke der künftigen NATO ausbauten, das Wiederaufleben des gerade besiegt Faschismus als ihres Verbündeten bei der Restauration der angeschlagenen Positionen des Kapitals. Bereits im Dezember 1946 konnten die alten Faschisten unbehelligt die durch die Übergangsbestimmung der Verfassung verbotene Mussolinipartei in Gestalt des Movimento Sociale Italiano wiedergründen. Nationalsekretär wurde der frühere Staatssekretär des «Duce», Giorgio Almirante, der noch kurz vor Kriegsende einen «Genickschusserlass gegen Partisanen» unterzeichnet hatte; Parteivorsitzender der wegen 800fachen Mordes an Partisanen als Kriegsverbrecher verurteilte und später begnadigte Marine-Kommodore Valerio Borghese.

Die führenden Vertreter der Christdemokraten (DC) machten das MSI salonfähig, was begünstigte, dass es ab 1953 bei Parlamentswahlen zwischen jeweils 5 – 7 Prozent erreichte. 1950 empfingen Staatspräsident Einaudi und Ministerpräsident De Gasperi eine MSI-Delegation. Immer wieder bedienten sich Regierungschefs der DC zur Sicherung einer Regierungsmehrheit der Stimmen der Faschisten. 1962 wurde der DC-Bewerber Segni und 1972 Leone nur mit Hilfe der MSI-Stimmen zum Präsidenten gewählt. 1994 führte diese Kollaboration unter Hitler- und Mussolini-Bewunderer Berlusconi zur erstmaligen Regierungs-Aufnahme des nun in Alleanza Nazionale umgetauften MSI, 2001 ein weiteres Mal. Der Versuch Berlusconis, per Dekret antifaschistische und soziale Grundlagen der Verfassung zu beseitigen, wurde nach dem Regierungsantritt der Linken Mitte 2006 durch ein Referendum hingegen zum Scheitern gebracht.



1948 noch Mitglied der Italienischen Kommunistischen Partei Italiens, heute Staatspräsident: Giorgio Napolitano bei der offiziellen Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Italienischen Verfassung.

Es gelang Kommunisten und Sozialisten nicht, eine Veränderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse verbindlich festzulegen, jedoch zukunftsweisende programmatische Grundsätze durchzusetzen. So den Artikel 1 «Italien ist eine auf der Arbeit begründete demokratische Republik» oder in Artikel 4 die Anerkennung des «Rechts auf Arbeit» für alle Bürger, in Artikel 36 das «Recht des Arbeiters auf eine Entlohnung entsprechend der Quantität und Qualität seiner Arbeit und in jedem Fall ausreichend, um ihm und seiner Familie eine freie und würdige Existenz zu sichern». Zu den sozialen Errungenschaften, die davon ausgehend durchgesetzt werden konnten, gehörten die Gesetze über die Festschreibung der Mieten und die Einführung der Scala

herrsche, «keine Demokratie, solange es wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten gibt», betonte Lelio Basso, der den Artikel erarbeitete. Das bedeutet aber auch, dass alle Parlamente und alle Regierungen der Italienischen Republik bis heute diesen Verfassungsauftrag nicht erfüllt haben.

Die führenden Vertreter der Christdemokraten (DC) machten das MSI salonfähig, was begünstigte, dass es ab 1953 bei Parlamentswahlen zwischen jeweils 5 – 7 Prozent erreichte. 1950 empfingen Staatspräsident Einaudi und Ministerpräsident De Gasperi eine MSI-Delegation. Immer wieder bedienten sich Regierungschefs der DC zur Sicherung einer Regierungsmehrheit der Stimmen der Faschisten. 1962 wurde der DC-Bewerber Segni und 1972 Leone nur mit Hilfe der MSI-Stimmen zum Präsidenten gewählt. 1994 führte diese Kollaboration unter Hitler- und Mussolini-Bewunderer Berlusconi zur erstmaligen Regierungs-Aufnahme des nun in Alleanza Nazionale umgetauften MSI, 2001 ein weiteres Mal. Der Versuch Berlusconis, per Dekret antifaschistische und soziale Grundlagen der Verfassung zu beseitigen, wurde nach dem Regierungsantritt der Linken Mitte 2006 durch ein Referendum hingegen zum Scheitern gebracht.

Die führenden Vertreter der Christdemokraten (DC) machten das MSI salonfähig, was begünstigte, dass es ab 1953 bei Parlamentswahlen zwischen jeweils 5 – 7 Prozent erreichte. 1950 empfingen Staatspräsident Einaudi und Ministerpräsident De Gasperi eine MSI-Delegation. Immer wieder bedienten sich Regierungschefs der DC zur Sicherung einer Regierungsmehrheit der Stimmen der Faschisten. 1962 wurde der DC-Bewerber Segni und 1972 Leone nur mit Hilfe der MSI-Stimmen zum Präsidenten gewählt. 1994 führte diese Kollaboration unter Hitler- und Mussolini-Bewunderer Berlusconi zur erstmaligen Regierungs-Aufnahme des nun in Alleanza Nazionale umgetauften MSI, 2001 ein weiteres Mal. Der Versuch Berlusconis, per Dekret antifaschistische und soziale Grundlagen der Verfassung zu beseitigen, wurde nach dem Regierungsantritt der Linken Mitte 2006 durch ein Referendum hingegen zum Scheitern gebracht.



Titelseite der ersten Ausgabe von UNSERE WELT aus dem Jahr 1978.

Fortsetzung von Seite 1
ausgabe der neuen Zeitung durch die Schweizerische Friedensbewegung ist ein neuer Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung des Friedens. Und indem ich ihren Lesern alles Gute zum neuen Jahr wünsche, verleihe ich der Hoffnung Ausdruck, dass UNSERE WELT eine sehr bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Friedensbewegung im Jahre 1978, diesem entscheidenden Jahr, spielen wird.»

Wichtiger Bestandteil unserer Friedensarbeit und somit auch von UNSERE WELT ist die weltweite Solidarität. So enthielt die erste Nummer eine Einladung zu einem Vietnam-Meeting der Schweizerischen Friedensbewegung in Basel mit Liedern und Tänzen, Dias und einer Ansprache von Romesh Chandra. Dazu natürlich einen Spendenaufruf für unsere Solidaritätssendungen in das vom Krieg versehrte Land.

Aus dem «Land der Menschenrechte», den USA veröffentlichte UNSERE WELT in ihrer ersten Ausgabe einen Aufruf zur Freilassung der «Wilmington 10», einer Gruppe von Bürgerrechtskämpfern, die sich für die Gleichberechtigung aller US-Bürger eingesetzt hatte, vom Ku-Klux-Klan

Aus dem Editorial der ersten Nummer

«UNSERE WELT ist die Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung. UNSERE WELT setzt sich ein für eine andere Welt, für eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Not, für eine Welt ohne Rassendiskriminierung und neokoloniale Abhängigkeit. UNSERE WELT tritt ein für die Ideen der Völkereundschaft und der antiimperialistischen Solidarität. ...

UNSERE WELT befürwortet den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen. UNSERE WELT wird der Arbeit dieser Völkerversammlung ihre ganze Aufmerksamkeit widmen.

UNSERE WELT räumt Fragen der Abrüstung, der Verhinderung des Wettrüstens, erste Priorität ein. Ob es gelingt, eine neue Runde des Wettrüstens zu verhindern oder nicht, betrifft ausnahmslos alle Staaten und Menschen. ...

Das Jahr 1978 wurde von der UNO zum Jahr der Anti-Apartheid erklärt. UNSERE WELT wird dem Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika breiten Raum gewähren.

UNSERE WELT ist eine Zeitung der Solidarität. UNSERE WELT übt Solidarität. UNSERE WELT ist aber auch auf Solidarität angewiesen, auf die Solidarität und Kritik ihrer Leser. UNSERE WELT lädt ihre Leser zur Mitarbeit ein. Wer unsere Ziele teilt, ungeachtet seiner Weltanschauung, ist uns als Mitarbeiter willkommen.»

überfallen und darauf von einem rassistischen Gericht zu jahrelanger Haft verurteilt worden war.

All diese Informationen – die vierseitige Erstausgabe enthielt auch ein Exklusiv-Interview mit dem PLO-Vertreter bei der Genfer UNO, Daoud Barakat und Beiträge von Nationalrat Werner Carobbio oder des Querdenkers aus der DDR, Prof. Jürgen Kuczynski – waren wichtig für Friedensaktivisten, so wie die darauffolgenden Nummern von UNSERE WELT neben den Broschüren und Büchern der SFB immer wieder Anstösse zu Aktionen und zu neuen Erkenntnissen gegeben haben und noch geben. Dank gebührt allen, die während der vergangenen 30 Jahre die Friedenszeitung verteilt, finanziell unterstützt und gelesen haben. Dank auch an Martin Schwander, der sie engagiert mit andern Mitarbeitenden weiter betreut.

Tief beeindruckt von ihrer Teilnahme an der Gründung der Weltfriedensbewegung von 1949 in Paris haben Joe Stebler, Dr. Franz Keller, Dr. Jean Moser, Prof. Woker, Prof. Bonnard und andere die Schweizerische Friedensbewegung SFB gegründet. Mit dem Stockholmer Appell gegen Atomwaffen und den 250'000 in der Schweiz gesammelten Unterschriften, mit dem Schweizer Friedensappell, mit ihren Internationalen Kongressen gegen Rassismus und Apartheid oder zu Palästina, mit ihren von der politischen Polizei stets scharf beobachteten Tagungen, mit den breit abgestützten Ostermärschen hat die SFB eine reiche Tradition. Die Spitze des erreichten: Wir haben in der Schweiz ein Verbot von Atomwaffen! Leider ist die Situation auf der Welt so, dass wir nicht aufhören können, Friedensarbeit zu leisten. Je stärker wir sind – je mehr können wir erreichen!

In Kürze

Berner Ostermarsch

2003 – kurz nach Beginn des Irakkrieges – fand erstmals wieder ein Ostermarsch in Bern statt. Dieses Jahr wird der Ostermarsch bereits zum sechsten Mal in Folge organisiert. Leider gehören Meldungen über Kriege und Konflikte in der ganzen Welt immer noch zu unserem Alltag. Dies sind Zeiten, die für die Schaffung widerständiger, friedvoller Traditionen sprechen. Ostern ist, auch in einer säkularen Welt, der richtige Moment, ein solches Zeichen für eine friedvollere Welt zu setzen. Anlässlich des ersten Berner Ostermarsches wurde ein Gedicht von Kurt Marti aufgegriffen. In diesem bringt er eine zentrale Botschaft auf den Punkt: «Aufstand gegen die Herren, die mit dem Tod uns regieren». Diese Aussage gilt – leider – auch heute noch.

Ostermarsch 2008, «Gerechtigkeit schafft Sicherheit», 24. März 2008 13.00 Uhr, Eichholz an der Aare in Bern (siehe auch Seite 8).

Willig produzieren Schweizer Unternehmer, Arbeiter und Angestellte

Kriegsmaterial, mehr denn je...

Im letzten Jahr lieferte die Schweiz, trotz dem Krieg im Irak, wieder Waffen, Munition, Panzer und Feuerleitungseinrichtungen in das Pulverfass des Nahen Ostens, nach den Vereinigten Arabischen Emiraten, wie auch nach Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, dem Libanon, Oman, Ägypten und Saudiarabien, wie aus der Statistik Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements ersichtlich ist.

Von Heinrich Frei

Die weltweite Aufrüstung und die Kriege im Irak, Afghanistan, in Somalia, im Sudan usw. haben sich positiv auf die schweizerischen Kriegsmaterialexporte im Jahr 2007 ausgewirkt. Sie nahmen um 66,9 Millionen Franken zu und stiegen von 397,6 auf 464,5 Millionen Franken, also um 16,8 Prozent. Hauptabnehmer von Schweizer Kriegsmaterial war im vergangenen Jahr Deutschland, mit 62 Millionen Franken. Die USA und Dänemark kauften je für 42 Millionen Franken Rüstungsgüter und Grossbritannien für rund 40 Millionen Franken. Die Waffenkunden Deutschland, USA, Dänemark, Grossbritannien sind zusammen mit weiteren Nato-Staaten an den Kriegen im Irak und in Afghanistan beteiligt. Diese Länder dürften also auf Grund des Kriegsmaterialgesetzes, der Kriegsmaterialverordnung und dem neutralen Status der Schweiz nicht mit Rüstungsgütern beliefert werden. Noch nicht in der Statistik 2007 niedergeschlagen haben sich die vom Bundesrat bewilligten Exporte für die Lieferung von zwanzig Fliegerabwehrsystemen samt Munition im Umfang von 375 Millionen Franken an Saudiarabien; In das Land gingen 2007 Kriegsmaterial im Wert von bloss knapp einer halben Million Franken.

Denk ich an Deutschland in der Nacht...

Wie schon erwähnt war Deutschland mit 62 Millionen Franken im letzten Jahr Hauptabnehmer von Schweizer Kriegsmaterial. Deutschland militarisiert sich nach der rot-grünen Regierung Schröder (mit Dr. Josef Fischer der die Bomben lieben lernte), jetzt unter der schwarz-roten Regierung von Angela Merkel noch mehr. Im letzten Jahr exportierte die BRD laut dem Stockholm International Peace Research Institute SIPRI nach den USA und Russland weltweit am meisten Kriegsmaterial. Militärisch direkt verteidigte Deutschland seine Interessen mit den USA schon auf dem Balkan und dann gar am Hindukusch, in Afghanistan. Für einen Lichtblick sorgten jene Soldaten, die sich sowohl auf dem Balkan und dann in Afghanistan immer wieder weigerten, völkerrechts- und grundgesetzwidrige Befehle ihrer Vorgesetzten auszuführen. All jene Kriegsdienstverweigerer, im wahrsten Sinne des Wortes, handelten unter Inkaufnahme hoher persönlicher Risiken – immerhin stellen

Schmiergeld bei Siemens

Bei internen Untersuchungen des von einer Schmiergeld-Affäre betroffenen Siemens-Konzerns, der auch für die Rüstung arbeitet, haben sich die schlimmsten Vermutungen bestätigt: Wie die «Süddeutsche Zeitung» berichtet, beläuft sich die für «dubiose Zahlungen» aufgewendete Summe auf 1,3 Milliarden Euro. Der Spiegel meldete, eine Schweizer Tochterfirma von Siemens habe zwischen 2002 und 2006 total 250 fragwürdige Zahlungen in der Höhe von 43,5 Mio. Franken Schmiergeld überwiesen.

Gehorsamsverweigerung und Ungehorsam nach dem deutschen Wehrstrafgesetz mit Freiheitsentzug bewehrte Straftatzen dar. 1999, beim NATO-Luftkrieg in Jugoslawien, haben sich ein gutes Dutzend Piloten von ECR-TORNADOs geweigert, die ihnen befohlenen Angriffsmissionen zur «Unterdrückung der gegnerischen Luftabwehr», wie es im Militärjargon hiess, zu fliegen. Bombardiert wurde von der Nato damals auch Schulen, Spitäler und Wohnhäuser, selbst mit giftigen Uran-Bomben.

Sind die Deutschen von Natur aus Militaristen? Nein! 86 Prozent sind grundsätzlich gegen Kampfeinsätze der Deutschen Bundeswehr, dafür ausgesprochen haben sich bei letzten ARD-Umfragen lediglich 13 Prozent. 83 Prozent der CDU/CSU Anhänger lehnen Kampfeinsätze ab, bei den Anhängern der Sozialdemokraten sind es gar 88 Prozent.

Vertragsbrüchige Importeure

Im letzten Jahr lieferte die Schweiz trotz Irak-Krieg wieder Waffen, Munition, Panzer und Feuerleitungseinrichtungen in das Pulverfass des Nahen Ostens, nach den Vereinigten Arabischen Emiraten, wie auch nach Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, dem Libanon, Oman, Ägypten und Saudiarabien, wie aus der Statistik Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements ersichtlich ist. Die Arabischen Emirate wurden im letzten Jahr auch wieder «bedient», obwohl dieses Land 2005 vertragsbrüchig wurde und 40 Panzerhaubitzen, die der Bund den Emiraten verkauft hatte, nach Marokko weiterlieferte. Die Regierung der Emirate erklärte später, sie hätten nicht gewusst, dass für einen Weiterexport der Panzer nach Marokko die Zustimmung der Schweiz nötig gewesen sei – genau das beinhalten aber die «End User Certificates», welche sämtliche Empfängerländer unterzeichnen müssen.

Wer produziert in der Schweiz Kriegsmaterial?

Die schweizerische Rüstungsindustrie ist heute zu einem grossen Teil im Besitz von ausländischen Rüstungskonzernen. Oerlikon-Contraves gehört der deutschen Firma Rheinmetall. Die Firma Mowag in Kreuzlingen ist dem US-Rüstungskonzern General Dynamics angegliedert. Diese Rüstungskonzerne agieren international, sie kennen kein Vaterland, auch das bundeseigene Rüstungsunternehmen Ruag mit seinen Munitionsfabriken im Ausland nicht. Wenn Exportbewilligungen in einem Land nicht erteilt werden, produzieren die Fabrikanten mit Lizenzen woanders, was kaum verhindert werden kann. Wieweit Siemens Schweiz auch noch Rüstungsgüter herstellt, ist nicht bekannt, früher war das eine ganze Palette, unter anderem Stinger Raketen, die in Zürich angeblich «nur» für die Schweiz produziert wurden. Mit Stinger Raketen kann ein Mann Helikopter, tief-fliegende Jets und auch problemlos Verkehrsflugzeuge abschiessen. Siehe dazu den Film «Charlie Wilson's war» mit Tom Hanks und Julia Roberts: Der Film inszeniert hollywoodlike die US-Unterstützung der islamischen Kämpfer gegen den Kommunismus nach der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan von 1979 und dabei auch den Einsatz von Stinger Raketen und von Oerlikon-

Bührle Flugabwehrkanonen gegen die Luftwaffe der Roten Armee...

Die Liste der Firmen, die in unserem Land Rüstungsgüter exportieren und produzieren ist geheim, wie mir ein Partei-Funktionär sagte. Was für Ungeheuerlichkeiten dürfen da nicht ans Tageslicht kommen, frage ich mich, wenn eine solche Liste geheim bleiben muss?

Für Politiker und Politikerinnen in Ortschaften, in denen für den Krieg produziert wird, ist die Rüstungsproduktion leider in den lokalen Par-

Die Waffenindustrie wünscht:



lamenten kein Thema, obwohl viele Arbeiter und Angestellte der Todeindustrien bestimmt lieber andere Güter produzieren würden. Ich denke, die Politiker irren sich, wenn sie meinen das Thema Rüstungsproduktion sei «definitiv nur Sache Berns», wie ich von einer Politikerin in Zürich zu hören bekam. Dabei sind die Stadt und der Kanton Zürich, und auch die Landeskirchen, mit Steuereinnahmen an der Beihilfe zum Mord durch Waffenexporte beteiligt.

Hier kommt Doris...

Laut dem Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI, wurden von der Schweiz von 2000–2006 für 56 US Dollar Millionen Kriegsmaterial nach China exportiert (laut SIPRI GDF 35mm, AA gun, offensichtlich Fliegerabwehrsysteme von Oerlikon-Contraves). SIPRI verzeichnete von 1997–2006 sogar Lieferungen für 100 Millionen USD von der Schweiz nach China. Nach der Statistik des Bundes wurde nach China in dieser Periode jedoch kein Kriegsmaterial exportiert.

Wie Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes EVD, am 16. Oktober 2007 schrieb, handelt es sich in der Datenbank von SIPRI um einen «Lizenzvertrag, der 35 mm Fliegerabwehrsystem zum Gegenstand hat. Bis zum Inkrafttreten des neuen Kriegsmaterialgesetzes im Jahre 1998 war die Übertragung von Immaterialgütern oder der Abschluss von Lizenzverträgen bewilligungsfrei», stellte Frau Leuthard fest. Und weiter erklärte sie: «Unter dem neuen Kriegsmaterialgesetz hat das SECO weder Ausfuhren von Kriegsmaterial noch den Anschluss entsprechender Lizenzverträge nach China bewilligt. Die jährlich publizierte Statistik des Bundes über Kriegsmaterialausfuhren, die auf den Angaben der Zollbehörden beruht, gibt Auskunft über die tatsächlichen Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz. Nicht darin enthalten sind Zahlen über den Abschluss von Lizenzverträgen, das diese in der Handelsstatistik nicht erfasst werden.» Soweit Bundesrätin Doris Leuthard in ihrem Schreiben.

Korruption und Bestechung

Interessant wäre es natürlich schon zu wissen, welche Lizenzverträge Oerlikon-Contraves/Rheinmetall, Mowag/General Dynamics, die bundeseigene Ruag und weitere Rüstungsfirmen abgeschlossen haben, und wie weit die Bundesbehörden in der Lage sind und sich überhaupt die Finger verbrennen wollen, diese Rüstungskonzerne zu kontrollieren. Erinnert seien dabei an die Bestechungsaffären des britischen Rüstungskonzerns BAE Systems, Bestechungen die von staatlichen Stellen in Grossbritannien geduldet wurden. Das Geschäft zwischen dem saudischen Königreich und der englischen Rüstungsfirma BAE Systems umfasste die Lieferung und den Unterhalt

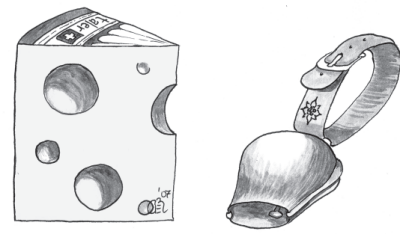
Beihilfe zum Mord

Seit Jahrzehnten bewilligt der Bundesrat widerrechtlich Kriegsmaterialelieferungen an Staaten die Kriege führen, an die USA, Grossbritannien, an Nato Staaten, Pakistan, Indien usw. Das Total der Kriegsmaterialexporte betrug von 1975–2007 nach der offiziellen Statistik 11,978 Milliarden Franken. Willig wurden und werden CH-Rüstungsgüter von Schweizer Unternehmern, Arbeitern und Angestellten produziert, auch für Regimes die Menschenrechte mit den Füßen treten und für Regionen in denen Menschen im Elend leben. Wer Beihilfe zu einem Verbrechen leistet hätte eigentlich mit einer Strafe zu rechnen. Das schweizerische Strafrecht sieht keine Ausnahmeregelungen für die Beihilfe bei Verbrechen während eines Krieges vor. Unter Artikel 25 des Schweizerischen Strafrechtsgesetzes fallen Delikte wie Beihilfe zum Mord, zu vorsätzlicher Tötung, zu schwerer Körperverletzung und zu schwerer Sachbeschädigung. Gehilfe bei solchen Straftaten ist derjenige welcher «zu einem Verbrechen oder zu einem Vergehen vorsätzliche Hilfe leistet», wer also auch «vorsätzlich in untergeordneter Stellung die Vorsatztat eines andern fördert». Einen strafrechtlichen Freispass für die Tätigkeit von Waffenexporteuren und ihren Helfershelfern in Politik und Wirtschaft gibt es nicht. Diese Verbrechen sind, laut Artikel 75^{bis} des Strafrechtsgesetzes, sogar unverjährbar (siehe auch «Die Strafrechtliche Verantwortlichkeit von schweizerischen Kriegsmaterialexporteuren», Lizenzatsarbeit bei Prof. Dr. G. Jenny von Reto Locher, September 2000 und Artikel in der UW 4/05). Ein holländisches Gericht ist schon mit dem guten Beispiel vorangegangen, in dem es einen Holländer, der dem Regime Saddam Husseins Kriegsmaterial (Chemikalien für Giftgas) lieferte, wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen zu 15 Jahren Haft verurteilt hat (NZZ vom 24./25.12.2005).

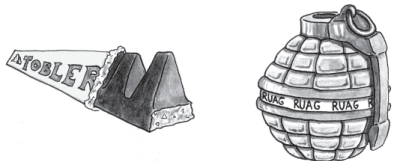
Kriegsmaterialexporte verbieten

Das Parlament war mit der laisssezaller, laisssezfaire Waffenexportpolitik des Bundesrats der letzten Jahrzehnte mehrheitlich einverstanden. Die Justiz leitete keine Strafverfahren ein, obwohl es sich bei vielen Waffenexporten um Offizialdelikte handelte, der Beihilfe zum Mord. Auf parlamentarischer Ebene ist nicht zu erwarten, dass gegen die krasse Verletzung der Gesetze eingeschritten wird. Volksinitiativen, die ein Verbot der Kriegsmaterialexporte anstreben, scheiterten bisher. Im September des letzten Jahres hat das «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte», welchem mehr als 35 Organisationen angehören, dennoch eine neue Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» eingereicht, über die bald einmal abgestimmt wird.

Kontakte zum Initiativkomitee:
exportverbot@kriegsmaterial.ch
www.kriegsmaterial.ch



Was passt nicht zur Schweiz?



www.kriegsmaterial.ch GSoA

Uri Avnery zur Unbelehrbarkeit der israelischen Führung

Ein voraussehbares Ende

Jeder in einem Konflikt ververgossene Tropfen Blut ist ein Tropfen Blut zu viel, sagt unser israelischer Mitkämpfer Uri Avnery. Und er rät zur Lektüre

Von Uri Avnery

Ein Weiser sagte einmal: «Ein dummer Mensch lernt aus seinen Erfahrungen. Ein intelligenter Mensch lernt aus den Erfahrungen anderer.» Dem könnte noch hinzugefügt werden: «Und ein Idiot lernt nicht mal aus seinen eigenen Erfahrungen.»

Was können wir also aus einem Buch lernen, das aufzeigt, dass wir aus Erfahrungen nicht lernen?

All dies soll zu einer Empfehlung für solch ein Buch führen. In der Regel empfehle ich keine Bücher, nicht einmal meine eigenen. Aber dieses Mal möchte ich eine Ausnahme machen.

Es ist das Buch von William Polk «Violent Politics», das vor kurzem in den USA erschienen ist.

Polk war 1946 in Palästina, auf der Höhe des Kampfes gegen die britische Besatzung, und seitdem studierte er die Geschichte von Befreiungskriegen. Auf weniger als 300 Seiten vergleicht er Aufstände: von den amerikanischen Befreiungskriegen bis zu den Kriegen in Afghanistan. Er hat jahrelang im Planungsstab des US-amerikanischen Aussenministeriums gearbeitet und hatte auch seine Hand beim israelisch-palästinensischen Konflikt im Spiel. Seine Schlussfolgerungen sind höchst aufschlussreich.

Unbegreifliche Torheit

Ich habe ein besonderes Interesse an diesem Thema. Als ich mich mit 15 Jahren dem Irgun anschloss, wurde mir gesagt, ich solle Bücher über frühere Befreiungskriege, besonders den polnischen und irischen, lesen. Ich las fleissig jedes Buch, das mir zu diesem Thema in die Finger kam und habe seitdem die Aufstände und Guerillakriege überall in der Welt verfolgt, wie die in Malaya (gehört seit 1963 zu Malaysia), Kenia, Süd-Yemen, Südafrika, Afghanistan, Kurdistan, Vietnam und andere mehr. In einen von diesen, den algerischen Befreiungskrieg, war ich sogar persönlich etwas verwickelt.

Als ich dem Irgun angehörte, arbeitete ich im Büro eines Anwaltes, der in Oxford studiert hatte. Einer seiner Kunden war ein hoher britischer Beamter der Mandatsregierung. Er war ein intelligenter, freundlicher und humorvoller Mensch. Ich erinnere mich noch an eine kurze Begegnung. Ein Gedanke ging mir damals durch den Kopf: Wie kommt es, dass solch intelligente Leute so eine törichte Politik machen?

Je mehr ich mich seitdem mit anderen Aufständen befasste, um so grösser wurde dieses Erstaunen. Ist es möglich, dass allein die Situation der Besatzung und des Widerstandes den Besatzer zu einem törichten Verhalten verurteilt und sogar die Intelligentesten zu Idioten werden lässt?

Vor ein paar Jahren strahlte BBC eine lange Serie über den Befreiungsprozess der früheren britischen Kolonien aus, von Indien bis zu den Karibischen Inseln. Jeder Kolonie war eine Episode der Serie gewidmet. Frühere Kolonialverwalter, Offiziere der Besatzungsarmeen, Befreiungskämpfer und andere Augenzeugen wurden ausführlich interviewt. Sehr interessant und sehr deprimierend.

Deprimierend – weil die Kapitel sich fast genau wiederholten. Die Regierenden jeder Kolonie wiederholten die Fehler, die ihre Vorgänger in der vorausgegangenen Episode gemacht hatten. Sie hatten dieselben Illusionen und erlitten dieselben Niederlagen. Keiner lernte eine Lektion von seinem

Vorgänger, selbst dann nicht, wenn er selbst der Vorgänger war – wie der Fall der britischen Polizeioffiziere, die von Palästina nach Kenia versetzt worden waren.

In seinem kompakten Buch beschreibt Polk die Aufstände der letzten 200 Jahre, vergleicht sie mit einander und zieht klare Schlussfolgerungen.

Der Krieg um die Herzen

Jeder Aufstand ist natürlich einzigartig und anders als die anderen, weil die Hintergründe andere sind, wie auch die Kulturen der besetzten Völker und der Besatzer. Der Brite ist anders als der Niederländer und beide unterscheiden sich vom Franzosen. George Washington war anders als Tito und Ho Chi Minh anders als Yasser Arafat. Doch trotz dieser Verschiedenheit gibt es erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen allen Befreiungskämpfen.

setzten Bevölkerung statt. Deshalb ist es die Hauptaufgabe für die Freiheitskämpfer, nicht gegen die Besatzer zu kämpfen – wie man meinen könnte – sondern die Herzen des Volkes zu gewinnen. Und andererseits ist die Hauptaufgabe des Besatzers nicht, die Freiheitskämpfer zu töten, sondern zu verhindern, dass die Bevölkerung sich ihrer annimmt. In diesem Kampf geht es um die Köpfe und Herzen, um die Gedanken und die Gesinnung der Bevölkerung.

Das ist einer der Gründe, warum Generäle fast immer im Kampf gegen Freiheitskämpfer unterliegen. Ein Militäroffizier ist die am wenigsten geeignete Person für diese Aufgabe. Seine ganze Erziehung, seine Art zu denken, alles, was er gelernt hat, ist dieser zentralen Aufgabe genau entgegengesetzt. Napoleon, das Militär-genie, versagte bei seinen Bemühungen, die Freiheitskämpfer in Spanien zu besiegen (übrigens entstand hier das Wort Guerilla = kleiner Krieg), und genau so der dümmste US-amerikanische General in Vietnam.



Köpfe und Herzen der Palästinenser haben die israelischen Besatzer längst verloren: Palästinensische Bauernfamilie bei der Olivenernte. Foto M. Schwander

Die Hauptlektion für mich war folgende: in dem Augenblick, in dem Rebellen von der Bevölkerung angenommen wurden, war der Sieg der Rebellen sicher.

Es ist eine eiserne Regel: ein Aufstand, der von der Bevölkerung unterstützt wird, wird siegen, egal welche Taktiken das Besatzungsregime anwendet. Der Besatzer kann willkürlich töten oder humanere Methoden anwenden, den gefangen genommenen Freiheitskämpfer zu Tode foltern oder ihn wie einen Kriegsgefangenen behandeln – das macht auf Dauer gesehen keinen Unterschied. Der letzte der Besatzer kann mit einer feierlichen Zeremonie an Bord eines Schiffes gehen wie der britische Hochkommissar in Haifa oder um einen Platz im letzten Helikopter kämpfen wie die letzten amerikanischen Soldaten vom Dach der amerikanischen Botschaft in Saigon – seine Niederlage war ihm ab einem bestimmten Moment des Aufstandes sicher.

Der wirkliche Krieg gegen die Besatzung findet in den Köpfen der be-

durchmacht: «Zunächst gibt es eine nur teilweise bewaffnete Bande, die an einem entlegenen, schwer erreichbaren Ort Zuflucht sucht (oder mitten in einer Stadtbevölkerung, möchte ich hinzufügen). Sie führt einen gelungenen Schlag gegen die Behörden durch. Ihr schliessen sich ein paar weitere unzufriedene Bauern, junge Idealisten, an etc. ... Sie nimmt Verbindung zu den Bewohnern auf und führt leichte Blitzangriffe durch ... Da sich den Reihen neue Rekruten anschliessen, nimmt sie sich eine feindliche Kolonne vor und zerstört ihre führenden Elemente ... als nächstes baut sich die Truppe ein provisorisches Lager auf ... und nimmt die Eigenschaften einer Regierung *en miniature* an» und so weiter.

Um auf der ganzen Linie Erfolg zu haben, müssen die Aufständischen eine Idee haben, die die Begeisterung der Bevölkerung weckt. Das Volk vereinigt sich um sie und leistet Hilfe, beherbergt sie und liefert Nachrichten. Von diesem Stadium an hilft den Aufständischen alles, was die Besatzungsbehörden tun. Wenn die Freiheitskämpfer getötet werden, kommen viele andere nach und ordnen sich in die Reihen ein (so wie ich es in meiner Jugend tat). Wenn die Besatzer Kollektivstrafen über die Bevölkerung verhängen, verstärken diese nur den Hass auf die Besatzer und stärken ihre gegenseitige Hilfe. Wenn es den Besatzern gelingt, die Führer des Befreiungskampfes zu töten oder gefangen zu nehmen, nehmen andere Führer ihren Platz ein – wie die Hydra der griechischen Sage, der neue Köpfe nachwachsen, sobald Herkules einen Kopf abgeschlagen hatte.

Häufig gelingt es den Besatzungsbehörden, die Freiheitskämpfer zu spalten, und sie sehen das als grossen Sieg an. Aber alle Fraktionen machen in ihrem Kampf gegen den Besatzer weiter und versuchen, sich darin zu übertreffen, so wie es die Fatah und die Hamas jetzt tun.

Führung hat versagt

Es ist schade, dass Polk dem israelisch-palästinensischen Konflikt kein besonderes Kapitel gewidmet hat, aber es ist nicht wirklich nötig. Wir können es selbst nach unserem Verständnis schreiben.

Während der 40 Jahre Besatzung haben unsere politischen und militärischen Führer im Kampf gegen den palästinensischen Guerillakrieg versagt. Sie waren weder dümmere noch grausamer als ihre Vorgänger – die Holländer in Indonesien, die Briten in Palästina, die Franzosen in Algerien, die Amerikaner in Vietnam, die Sowjets in Afghanistan. Unsere Generäle mögen sie alle nur mit ihrer Arroganz übertreffen – mit ihrer Überzeugung, sie seien die Supergescheiten und dass der «jüdische Kopf» neue Patente erfinden wird, an die all die Nicht-Juden gar nicht denken würden.

Von dem Zeitpunkt an, an dem es Yasser Arafat gelang, die Herzen des palästinensischen Volkes zu gewinnen und sie um den brennenden Wunsch zu vereinen, die Besatzung los zu werden, war der Kampf schon entschieden. Wenn wir klug gewesen wären, hätten wir damals schon mit ihm ein politisches Abkommen geschlossen. Aber unsere Politiker und Generäle waren nicht klüger als alle anderen. Und so werden wir mit dem Töten, Bombardieren, Zerstören und dem Vertreiben fortfahren – in der törichten Überzeugung, dass, wenn wir nur noch mal zuschlagen, der lang ersehnte Sieg am Ende des Tunnels erscheinen werde – um dann nur zu entdecken, dass der dunkle Tunnel uns in einen noch dunkleren Tunnel führt.

De Gaulle war klüger

Wie immer, wenn eine Befreiungsorganisation nicht ihre Ziele erreicht, taucht neben ihr oder anstelle von ihr eine extremere auf und gewinnt die

Herzen des Volkes. Hamas-ähnliche Organisationen übernehmen Fatah-ähnliche. Das Kolonialregime, das nicht rechtzeitig ein Abkommen mit der moderateren Organisation erreicht hat, wird am Ende gezwungen, mit der extremeren zurecht zu kommen.

General Charles de Gaulle gelang es, mit den algerischen Rebellen Frieden zu machen, bevor sie dieses Stadium erreicht hatten. 1,25 Millionen Siedler hörten eines Morgens, dass die französische Armee dabei sei, zusammen zu packen, zu einem bestimmten Termin das Land zu verlassen und nach Hause zu gehen. Die Siedler – viele von ihnen in der vierten Generation – rannten um ihr Leben, ohne Entschädigungen zu bekommen (wie die israelischen Siedler, als sie den Gazastreifen 2005 verliessen). Aber wir haben keinen de Gaulle. Wir sind dazu verurteilt, den Weg unendlich weiter zu gehen.

Wenn wir nicht täglich Zeugen der schrecklichen Tragödie wären, könnten wir angesichts der mitleiderregenden Hilflosigkeit unserer Politiker und Generäle lachen, die herumlaufen, ohne zu wissen, woher ihnen Rettung kommen könnte. Was tun? Alle aushungern? Das hat zu dem Mauerfall an der Gaza/Ägyptengrenze geführt. Alle ihre Führer töten? Wir haben schon Sheich Ahmed Yassin und zahllose andere getötet. Die «grosse Operation» durchführen und den ganzen Gazastreifen noch einmal besetzen? Wir hatten den Streifen schon zweimal erobert. Dieses Mal werden wir es mit geübteren Guerillakämpfern zu tun haben, die noch viel mehr in der Bevölkerung verwurzelt sind. Jeder Panzer, jeder Soldat wird ein Ziel werden. Der Jäger kann sehr wohl zum Gejagten werden.

Was also könnten wir noch tun, was wir nicht schon getan haben?

Zunächst mal jeden Soldaten und Politiker dahin bringen, William Polks Buch zusammen mit einem guten Buch über den algerischen Kampf zu lesen.

Zweitens das zu tun, was alle Besatzungsregime am Ende in allen Ländern getan haben, in denen sich die Bevölkerung erhoben hatte: ein politisches Abkommen erreichen, mit dem beide Seiten leben und von dem sie profitieren können. Und rausgehen.

Schliesslich: das Ende ist klar. Die einzige Frage ist: wie viele Tote, wie viele Zerstörungen, und wie viel mehr Leiden muss noch folgen, bis die Besatzer an den Punkt kommen, an dem sie die unausweichliche Schlussfolgerung ziehen und Schluss machen?

Jeder vergossene Tropfen Blut ist ein Tropfen Blut zu viel.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert und von der Redaktion mit Untertiteln versehen.)

60 Jahre
Israel
60 Jahre
Vertreibung
der Palästinenser

„Ich bin für
Zwangsumsiedlung,
darin sehe ich
nichts Unmoralisches.“

Daniel Ben-Gurion bei der Erklärung der Jewish Agency, Juni 1956,
Israel, erster Ministerpräsident

Am 15. Mai 2008 jährt sich zum 60. Mal die Gründung des Staates Israel – für Millionen von PalästinenserInnen bedeutet das 60 Jahre «Nakba» (Katastrophe), 60 Jahre Vertreibung. Wir werden in der nächsten UW darauf zurückkommen.

Gerardo Hernández: Seit zehn Jahren politischer Häftling in den USA

«Ich sah ihn in seiner ganzen Würde»

Der Kubaner Gerardo Hernández wurde 2001 in Miami zusammen mit vier weiteren Landsleuten in einer beispiellosen Prozess-Farce zu zweimal lebenslänglich und 15 Jahren Haft verurteilt. Das Verbrechen der als «Miami 5» weltweit bekannten politischen Gefangenen: Sie versuchten, ihre kubanische Heimat vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Graciela Ramirez Cruz erhielt kürzlich eine der wenigen Erlaubnisse, Gerardo im US-Kerker zu besuchen. Deisy Francis Mexidor von der kubanischen Tageszeitung «Granma» sprach mit ihr.

Von Deisy Francis Mexidor

«Was ich tun wollte? Ich wollte ihn bei der Hand nehmen und mit ihm rausrennen. Er ist kein Mensch, der an diesen schrecklichen Ort gehört», erzählt mir Graciela Ramirez Cruz, Koordinatorin des Internationalen Komitees zur Befreiung der fünf Kubaner. Ramirez war noch sichtlich bewegt von ihrem jüngsten Erlebnis beim Besuch von Gerardo Hernández, einem der seit dem 12. September 1998 in den USA wegen des Versuchs, Terroranschläge auf ihr Land zu verhindern, gefangen gehaltenen Kubanern.

Was sagtest du als erstes, als du ihn sahst?

Ich war nicht fähig, mehr als seinen Namen zu sagen und ihn zu umarmen, das einzige Mal, das einem erlaubt wird, wenn man im Gefängnis ankommt.

Wie war seine Reaktion?

Mein Besuch liess sich nicht früher realisieren und war eine Sache, die schon lange anstand. Gleichzeitig empfand ich grosse Trauer, weil ich fand, dass seine Frau Adriana an meiner Stelle sein sollte – über 8 Jahre lang hat man ihr grausamerweise die Erlaubnis verweigert, ihn zu sehen – Trauer, weil Männer wie er nicht im Gefängnis sein sollten, weder für neun Jahre noch für eine Sekunde.

Gerardo umarmte mich wie eine Schwester, die er lange Zeit nicht gesehen hat, von der er aber wusste, dass sie ihn schliesslich besuchen käme. Er stand in seiner khaki-farbenen Uniform vor mir in voller Würde, gross und fest wie eine Palme. «Endlich bist du da!» sagte er mit der kubanischen Anmut, die ihn charakterisiert und die man ihm nicht nehmen kann.

Kannst du den Ort, wo Gerardo ist, beschreiben?

U.S.-Gefängnisse sind für ihre Kälte, ihr ausgeklügeltes Sicherheitssystem und die überall vorherrschende graue

Farbe bekannt. Victorville macht darin keine Ausnahme.

In der Nähe des Gefängnisses ist eine kleine Stadt, die von einer Sicherheitssperre umgeben ist. Da standen leere eingezäunte Holzhäuser. Ich fragte, warum da niemand sei. Sie erklärten mir, dass sie vor den giftigen Substanzen geflohen seien und dass die Stadt evakuiert worden sei. Die Substanz sei gefährlich und man habe die Befürchtung, dass sie sich bei der Zerstörung der Häuser noch ausbreite. Diese leeren Häuser geben der Umgebung wirklich etwas Geisterhaftes.

Wenn man die Strafanstalt erreichen will, muss man auf einer staubigen Strasse mitten durch eine Art Wüste fahren, doch das Gefängnis ist von Bergen umgeben.

Man kann aus gewisser Entfernung etliche hohe Türme mit teleskopischen Ausgucken sehen, die einem ankündigen, dass man sich dem Tor nähert. Dann sieht man den befestigten Gebäudekomplex, der aus verschiedenen Einheiten besteht, eine Art

geopfert werden. Von einem Tag auf den anderen stand unser Land ohne die langjährigen Handelspartner da, und am Beginn der sogenannten Spezialperiode mussten zahlreiche regulierende Massnahmen getroffen werden. Das hat ohne Zweifel Probleme verursacht. Aber es ist nicht so, dass wir die doppelte Währung aus freien Stücken eingeführt haben. Dieser Schritt wurde unter grossem Druck vollzogen. Natürlich ist das eines der Probleme, denen wir uns heute stellen müssen. Aber es ist auch nicht einfach zu lösen. Kuba ist zwar nicht von den internationalen Märkten abgeschnitten. Wir können durchaus mit Devisen handeln – trotz der US-Blockade. Aber wir müssen ständig versuchen, an Devisen zu gelangen und sie über kommerzielle Kanäle geregelt ins Land fliessen zu lassen. Solange unsere nationale Währung, der kubanische Peso, nicht stark genug ist, damit wir mit ihm direkt handeln können, wird dieses Problem bestehen. Es muss gelöst werden, aber mit grosser Vorsicht.

Welche Hauptaufgaben hat die neue Nationalversammlung?

Sie muss sich eng an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. In Kuba müssen politische Funktionsträger zweimal im Jahr einen Rechenschaftsbericht ablegen. Gewählte Funktionäre stehen dann jeweils 15 Tage Rede und Antwort an der Basis, in den Stadtteilen. Diesen engen Austausch aufrecht zu erhalten, ist eine der dringendsten Aufgaben.

Zugleich gibt es in Kuba einen Generationswechsel. Über die Hälfte der Abgeordneten der Nationalversammlung sind nach 1959 geboren, die «historische Generation» verschwunden. Verändert das die Politik?

Ja, aber im positiven Sinne, denn die nachfolgenden Generationen sind gut vorbereitet. In einem so kleinen Land wie Kuba gibt es achtzigtausend Hochschulabsolventen. Aus dieser hochgebildeten Schicht lassen sich politische Funktionäre und militärische Köpfe von morgen gewinnen. So trägt die hohe Bildung dazu bei, dass bessere Entscheidungen getroffen werden. Das Land wird besser regiert.

befestigte, ganz und gar graue Zement- und Stahlmasse, umgeben von dicken Drähten. Es gibt keine Fenster, was einen noch stärkeren Eindruck von Eingeschlossenheit vermittelt.

Hast du ihm irgend etwas übergeben? Haben sie dich Bleistift und Papier mitnehmen lassen?

Nein. Die Regeln in der US-Strafanstalt sind sehr streng. Sie lassen dich nichts zu dem Gefangenen mitnehmen. Ich musste meine persönliche Handtasche am Tor lassen.

Nach der Routineuntersuchung, bei der Du sogar die Schuhe ausziehen musst, nahm uns der Beamte in einen anderen Bereich mit – ich spreche in der Mehrzahl, weil mich Alicia Jrapko und Bill Hackwell begleiteten, die während dieser langen Jahre für die Cuban Five sehr wichtig sind.

Dort stellten wir uns auf, und sie kennzeichneten einen nach dem anderen mit einer Identitätsnummer auf dem Unterarm, die dann im Vorbeigehen von einer Laserlampe erfasst wurde.

Und der Raum, wo die Besuche stattfinden?

Die Gefangenen dürfen keine Besuche in irgend einer Art von Privatsphäre haben, noch weniger draussen. Alles findet in einem grossen abgeschlossenen Raum mit künstlicher Beleuchtung statt, wo man das Gefühl für die Zeit verliert.

Im Raum stehen kleine graue Tische und Plastikstühle. Natürlich wird man ständig von etlichen Beamten beobachtet, die dich massregeln oder sogar den Besuch abbrechen können, wenn du den Gefangenen berührst. Andere Regeln verbieten z. B. ehelichen Kontakt oder Intimität mit ihren Ehefrauen.

Worüber habt ihr gesprochen?

Es ist unglaublich, wie viel er darüber weiss, was in Kuba und in der Welt passiert. Er hat sich nicht einmal beklagt, obwohl er weiss, wie schwierig seine Situation ist. Er sagte nur, «Alles ist normal» und bat, über Briefe

sprechen zu dürfen, die aufgehoben werden und über Adriana.

Er fragte mich auch nach einem Jungen in Las Tunas, mit dem er eine besondere Korrespondenz pflegt. Er bat mich, Maria Orhidea, einer Frau aus Cienfuegos, für deren vollständige Abschrift jeder Sendung von «Una luz en la oscuridad» (Ein Licht in der Dunkelheit) in Radio Rebelde zu danken.

Er ist begierig darauf, das Buch «Desde la Soledad y la Esperanza» (Aus der Einsamkeit und der Hoffnung) zu lesen, das neulich vom kubanischen Capitan-San-Luis-Verlag herausgegeben wurde. Er bat mich mehrfach, all den Leuten seine Dankbarkeit zu übermitteln, die helfen, die Wahrheit zu verbreiten und arbeiten, sodass ihnen die Gerechtigkeit eher früher als später erlaubt, wieder in ihr Land zurückzukehren.

Welche Arbeit verrichtet er im Gefängnis?

Er sagte mir, dass dort Teile für die Waffenindustrie fertiggestellt würden, aber er habe darum gebeten, einer anderen Arbeit zugeteilt zu werden, einer, die weniger zum Krieg beiträgt, und er sei dann für die Müllsammelung im Gefängnis eingeteilt worden.

Was hat dich an Gerardo überrascht?

Alles hat mich überrascht: angefangen von der Aufmerksamkeit, die er jeder Geschichte schenkt, wie er vom Spanischen ins Englische umschaltete, während er mit uns sprach, über die Fundiertheit seiner Analyse der internationalen Szene, welche Mühe er sich gibt, dass jeder Brief mit etwas Besonderem an seinen Bestimmungsort geht, seine andauernde Sorge für seine Landsleute und die enorme Warmherzigkeit, die inmitten solcher Abgeschiedenheit von ihm ausgeht.

Gerardo hat ja auch diese besondere Fähigkeit für den rechten Witz im rechten Moment, die er am Schluss einsetzte, um uns den Knoten im Hals zu lösen, als wir gingen.

Als wir gingen, stemmt er seine Hände in die Hüften und sagte: «Danke für alles, was ihr für die Fünf und unser Volk tut ... Sagt ihnen, mir geht es gut und gebt ihnen eine grosse und kräftige Umarmung von mir.»

Deutsch: ¡Basta Ya!

Nachfolgende Generationen gut vorbereitet

Kubas «Wandel»

Das kubanische Parlament hat am 24. Februar an seiner ersten Sitzung der 7. Legislatur Verteidigungsminister Raul Castro in die bisherigen Funktionen des historischen Revolutionsführers Fidel Castro gewählt. Welche Aufgaben stehen in Kuba nun auf der Tagesordnung? Ein Gespräch von «Junge Welt»-Redaktor Harald Neuber mit dem kubanischen Journalisten und Abgeordneten Tubal Paez.

Von Harald Neuber

In Europa und den USA ist derzeit viel von einem angeblich bevorstehenden Wandel in Kuba zu lesen. Besteht diese Perspektive denn wirklich?

Eine Errungenschaft der kubanischen Revolution ist das hohe Bildungsniveau. Wir Kubaner nehmen Wörterbücher sehr ernst. Wenn ich recht nachdenke, sind sie neben unserer Verfassung die wichtigsten Schriften. Deswegen nehmen wir es mit dem Sinn von Wörtern wohl so ernst. Nehmen Sie den Begriff der Freiheit. Die Militärs, die in den Diktaturen von Chile und Argentinien Tausende Menschen zu Tode gefoltert und verscharrt haben, taten dies im Namen der Freiheit. Nun unterschied sich ihr Verständnis von Freiheit aber erheblich von dem ihrer Opfer. Etwas Ähnliches erleben wir in Kuba. Im Ausland ist von einem «Wandel» die Rede. Aber in Kuba verstehen wir etwas völlig anderes darunter.

Welchen Wandel streben Sie denn an?

Nach tiefgreifenden Debatten in den vergangenen Jahren ist vor allem das Thema der Kultur und der Bildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Heute gibt es in Kuba Tausende junge Leute, die etwa zu Kunstlehrern ausgebildet werden; die generelle Bildung wird massiv ausgebaut. Ich bin mir sicher, dass sich von dieser Bildungsoffensive aus ein Wandel bei den Beteiligten etablieren wird, hin zu mehr Solidarität, Offenheit und Kultur. Dieser Wandel wird bedeutend sein. Aber es gab auch Neuerungen auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung, bei der die Infrastruktur ausgebaut wurde. Jeder Arbeiter und jeder aus noch so einfachen Verhält-



Tubal Paez (1940) ist vollamtlicher Präsident der Kubanischen Journalistenunion, Erster Vizepräsident des Lateinamerikanischen Journalistenverbandes und seit 1993 Abgeordneter der kubanischen Nationalversammlung. Nach einem Journalistikstudium in Ecuador begann er 1966 seine journalistische Karriere bei der kubanischen Tageszeitung «Granma», zunächst als Grafiker, später als Redaktor bis hin zum stellvertretenden Chefredaktor. Foto jw

nissen kann sich auf ein effizientes Gesundheitssystem verlassen.

Aber zugleich können Sie nicht in Abrede stellen, dass es in Kuba grosse soziale Probleme gibt, die die Menschen beschäftigen. Das doppelte Währungssystem etwa. Wie sehen Sie die Perspektive?

Wir haben uns Anfang der neunziger Jahre in ein kapitalistisches System eingefügt, das die Traditionen und Konzepte der Revolution verdrängt hat. Sie mussten wegen des Niedergangs des europäischen Sozialismus

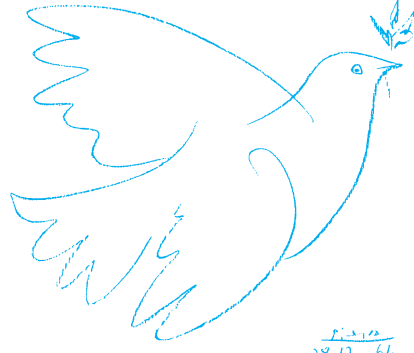


SFB übergibt in Kuba 2000 EURO

Anlässlich seiner Ferienreise in Kuba übergab unser Kassier, Christoph Jäggi, am 29. Januar der kubanischen Friedensbewegung «Movimiento Cubano por la Paz y la Soberanía de los Pueblos» 2000 Euro. Dabei handelt es sich um Spenden von Unsere-Welt-Leserinnen und Lesern, welche ihre Spende explizit für Kuba verwendet wissen wollten.

José Ramon Rodriguez, der Präsident der Kubanischen Friedensbewegung, nahm das Geld entgegen und bedankte sich herzlich dafür. Auch die Friedensbewegung leide unter dem jahrzehntelangen Embargo der USA und «hartes» Geld sei darum mehr als hochwillkommen. Wir werden in der nächsten Nummer berichten können, für was genau der Movimiento Cubano die Geldmittel verwendet hat.

Auf dem Bild: José Ramon Rodriguez (r.) und Christoph Jäggi.



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Pete Seeger im Februar 2003 an einer Friedenskundgebung in New York, zusammen mit Beverly Eckert, deren Mann während der Anschläge vom 11. September 2001 umgekommen war. Foto Peaceful Tomorrows.

Friedensnobelpreis für Pete Seeger

We shall overcome

Von Eva Petermann und
Randolph Oechslein

Wer kennt nicht «Where have all the flowers gone» («Sag mir, wo die Blumen sind») oder «We shall overcome», diese Klassiker der Antikriegs- und Bürgerrechtsbewegung. Dass sich der Autor dieser Lieder trotz seiner 88 Jahre immer noch unverdrossen und unbeugsam musikalisch und politisch zu Wort meldet, ist weitaus weniger bekannt.

Pete Seeger ist zur Legende geworden. Offizielle Ehrungen liessen indes auf sich warten. Im Gegenteil: In den Fünfzigerjahren sollte er sich vor dem antikommunistischen Hexenjäger McCarthy rechtfertigen und wurde von den grossen Medien boykottiert. Pete Seeger berief sich auf seine Verfassungsrechte und blieb ein viel gefragter Künstler bei Gewerkschaftsveranstaltungen, in Schulen und Universitäten und auf Kundgebungen sowieso. Reich wurde er auf diese Weise nicht, aber zum Vorbild für berühmte Musiker und Musikerinnen wie Joan Baez, Bob Dylan oder Bruce Springsteen.



Der unermüdete Pete Seeger: Auch 2006 noch am Singen. Foto Kent Kessinger

Erst im vergangenen Jahr trat Bruce Springsteen auf mit einer gecoverten Version von Seegers «Hymne» gegen den Vietnamkrieg von 1966: «If you love this land of the free, bring them home, bring our boys back from Irak, bring them home», «Wenn Du dieses Land der Freien liebst, bring sie nach Hause, bring unsere Jungen zurück aus dem Irak, bring sie nach Hause».

Auch wenn Pete Seeger selbst keinerlei Wert legt auf Ehrenbezeugungen: Seine Anhänger in den USA finden, dass sie ihm zustehen. So läuft seit vergangenem Frühjahr vor allem in den USA und über das Internet eine Kampagne, Pete Seeger den Friedensnobelpreis zu verleihen. An die 11 000 Unterschriften wurden bislang im Internet registriert.

In der Begründung für die Initiative, verfasst von Eleanor Walden, heisst es unter anderem: «Pete Seeger ist immer ein Botschafter für Frieden und soziale Gerechtigkeit gewesen und dies schon sein ganzes Leben lang. Mit seinen musikalischen Fähigkeiten trug er dazu bei, Generationen von Menschen verschiedenster Herkunft und Alters für den Kampf um eine bessere und zivilisiertere Welt zu gewinnen. Überall begegnen wir seinem Werk – in der Geschichte der Arbeitersolidarität, beim Aufbau einer Massenbewegung gegen den Vietnam-Krieg und gegen Atomwaffen, auf dem Gebiet der internationalen Verständigung, bei der Unterstützung der Bürgerrechtsbewegung und bei der Initiative, den Hudson River wieder sauber zu bekommen, wie bei der Bewegung gegen Umweltverschmutzung insgesamt.»

Tatsächlich hat Pete Seeger im Zusammenhang mit einer Kampagne zur Rettung des todkranken Hudson gar einen Chor gegründet, den New Yorker Walkabout-Clearwater-Chorus. Er schlug damals Song-Festivals überall entlang des Flussufers vor, um die New Yorker aufzurütteln.

Bobbi und Steve Sigelbaum sind zwei langjährige Mitglieder dieses

Chors, der sich übrigens auch heute noch vor Auftrittsangeboten kaum retten kann. Sie unterstützen die Kampagne natürlich: «Für den Endspurt wollen wir noch einmal alle Kräfte auf die Unterschriftensammlung konzentrieren, damit das für die Nominierung verantwortliche Komitee, das «American Friends Service Committee», nicht an dem Vorschlag vorbeikann.»

Die Chancen dafür stehen gar nicht so schlecht. Allerdings müsste gemäss dem offiziellen Procedere auch ein früherer Nobelpreisträger Pete Seegers Nominierung unterstützen. Von jemandem wie Henry Kissinger wäre dies wohl nicht zu erwarten, möglicherweise aber von dem Preisträger des Jahres 2007 und ehemaligen US-Vizepräsidenten, Al Gore. Bislang hat dieser aber genauso wenig von sich hören lassen wie der frühere Preisträger und US-Präsident Jimmy Carter oder auch der als fortschrittlich gehandelte Präsidentschaftskandidat Barack Obama.

Kaum echte Friedensaktivisten

Beim Betrachten der Liste früherer in Stockholm Geehrter fällt auf, wie viele «Falken» und Kriegstreiber sich darauf lümmeln. Nach echten Friedensaktivisten kann man mit der Lupe suchen, ganz zu schweigen von engagierten Künstlerinnen und Künstlern. Höchste Zeit, dass einmal einer den Preis bekommt, der ihn auch verdient hat, meinen die Organisatorinnen und Organisatoren der Kampagne, und:

«Es ist höchste Zeit anzuerkennen, dass die Arbeit von Kulturschaffenden grossen Einfluss haben kann und eine weltweite Wirkung erzielt; dass Kunst nicht nur der Unterhaltung dient, sondern ein Medium der Bildung, des Engagements und der Aktion ist.»

Songs wie «If I had a hammer» und «Guantanamera» rissen nicht nur Petes Publikum zu Begeisterungstürmen hin und wurden tausendfach nachgesungen. Diese «folk music», Volksmusik im besten Sinne des Wortes, macht Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt in einer Weise bewusst, die unmittelbar einleuchtet und Mut zum Widerstand gibt.

Pete Seeger den Friedensnobelpreis zu verleihen für sein Lebenswerk wäre ein starkes Signal für alle, die überall auf der Welt für den Fortschritt kämpfen, ist er doch «ein leuchtendes Vorbild an Integrität und Prinzipienfestigkeit in einer Zeit und in einem Land, in dem man diese Tugenden eher suchen muss, als dass sie hochgehalten würden», wie es in der Begründung heisst.

Unbeirrt von alledem ist Pete Seeger dabei, seine «musikalische Biographie» fertigzustellen, an der er seit Jahren arbeitet. Wie unsere Freunde vom Walkabout-Clearwater-Chorus in New York mitteilen, wird er sie demnächst abschliessen. Zum Buch wird es auch drei CDs geben – Fans überall auf der Welt dürfen gespannt sein.

Die Petition für eine Nominierung für den Friedensnobelpreis kann online unterzeichnet werden: www.nobelprize4pete.org. Dort findet sich auch jede Menge Information über die Kampagne. (Quelle: UZ)

Gerechtigkeit schafft Sicherheit
Sans justice pas de sécurité

OstermarsCH Marche de Pâques suisse

Ostermontag, 24. März 2008, Bern
Lundi de Pâques, 24 mars 2008, Berne

13.00

Auftakt / départ Eichholz an der Aare

Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern / à la gare tram 9 direction Wabern, descendre terminus

Ostermarsch – Marche de Pâques
entlang der Aare – le long de l'Aare

14.30

Schlusskundgebung / fin de la marche Münsterplatz

bei schlechtem Wetter / en cas de mauvais temps: Calvinhaus, Marienstrasse 8

mit / avec

Rosmarie Zapfl
Marianne Huguenin
Reto Rufer, Amnesty International

Steff la Cheffe, Hip-Hop
Feines Essen und Trinken / Buffet

Für den Schutz vor Waffengewalt
Pour une protection face à la violence des armes

Historische Aufnahmen von 1967

Pete Seeger in der Schaubühne

Vor 41 Jahren, mitten in der Zeit der sich entwickelnden Protestbewegungen der sechziger Jahre, gab der US-amerikanische Folksänger Pete Seeger sein erstes Konzert in der BRD. Der Ort dieses historischen Auftritts war nicht zufällig die Westberliner «Schaubühne», die mit der Protestbewegung eng verbunden war.

Pete Seeger bot den mehreren Hundert Zuhörern, die sich in den viel zu kleinen Saal quetschten und auch die Bühne belagerten, kein ausdrücklich politisches, auf die zugespitzte Situation in Berlin ausgerichtete Programm. Er sang Lieder, die über Jahre hinweg zu seinem festen Repertoire gehörten und dessen Spannweite demonstrierten: von amerikanischen «Industrial Ballads» bis zu Malvina Reynolds «Little boxes», von afrikanischen Volksliedern bis zu Leadbellies «Bourgeois Blues» und zu Protestsongs gegen den Vietnamkrieg. Viele dieser Lieder findet man auch auf anderen Schallplatten. Unvergleichlich aber ist die spezielle Atmosphäre, die sich von der ersten Sekunde, in der Pete Seeger in die Saiten seines Banjos griff, entwickelte und dazu führte, daß seine deutschen Zuhörer – zunächst zögernd, dann aber ermutigt und an die Hand genommen von dem erfahrenen Sänger – in seine Lieder einstimmten.

Wolfgang M. Schwiedrzik ist es zu verdanken, dass nun, über 40 Jahre nach dem denkwürdigen Konzert, eine mit einem klugen Booklet wun-

dervoll gestaltete Doppel-CD davon Zeugnis ablegt: klanglich einwandfrei und emotional trotz des schwerfälligen Publikums gewohnt Seeger-like.

Wiedergefunden hat der Mitbegründer der «Schaubühne» und spätere Regisseur Wolfgang Schwiedrzik die wertvollen Bänder mit dem Live-Mitschnitt des Seeger-Konzertes in seinem Keller: «Ich legte das alte Band – es war an den Rändern bereits etwas wellig geworden – ein. Hart angeschnitten erscholl Szenenapplaus – eine Live-Aufnahme also! – dann die ersten Töne des Banjos, dann das erste Lied: «If I had a nickel...». Es war wie ein Bann, in den ich hineingezogen wurde. Atemlos hörte ich das Tonband von Anfang bis zum Ende an.»

Glücklicherweise hat der Verlag darauf verzichtet, die alte Aufnahme digital zu «frisieren»: Die Atmosphäre des historischen Konzertes konnte nur so authentisch bewahrt werden.

Erschienen im kleinen Verlag «Mnemosyne» ist das berührende Werk zum Preis von ca. Fr. 35.– erhältlich in der Buchhandlung Waser in Basel, 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch.